

fellows

Journal für die Daniel-Haufler-Stipendien



IM MAGA-LAND

Was die Fellows von 2025 veröffentlicht haben

JETZT BEWERBEN!

Die dritten Stipendien sind ausgeschrieben

THE MULTITUDES IN HIM

Erinnerungen an Daniel Haufler

Fertig in Philadelphia. Auf dem Treppenabsatz eines wenig weitläufigen Quartiers besprechen sich einige erschöpfte Haufler-Fellows. Foto: Tobias Landwehr

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die Daniel-Haufler-Stipendien gehen in die dritte Runde. Auch in diesem Herbst werden wir wieder zehn Journalist:innen auf eine dreiwöchige Reise in die Mediengesellschaft USA schicken. Deren erster Teil ist eine Gruppenfahrt mit gemeinsamen Besuchen bei Medien und journalistischen Institutionen in Washington, Philadelphia und New York. Der zweite Teil dient der individuellen Recherche. Der Text der Ausschreibung steht auf der gegenüberliegenden Seite.

Die Resonanz auf die beiden ersten Ausschreibungen waren überwältigend. Viele vorgeschlagene Recherche-Ideen waren so überzeugend, dass es der Jury nicht leicht fiel, die zehn Fellows auszuwählen. 2024 fand die erste Reise mitten im US-Wahlkampf statt, 2025 die zweite im Zeichen konsolidierter, aber auch widersprüchlicher und empörender MAGA-Macht. 2026 startet die dritte passend zu den Zwischenwahlen am 3. November. Noch ist nicht abzusehen, ob das Ergebnis der Midterm Elections die Politik Donald Trumps brechen wird oder nicht.

Aber die Stipendien sind nicht nur dazu da, Einblicke in die Regierungspolitik und den Widerstand dagegen zu ermöglichen. Für ihre Heimatmedien haben die Fellows 2025 auch über Themen aus Wirtschaft und Technologie, Lebensweisen und Glaubensfragen berichtet. Hier veröffentlichen wir einen Querschnitt ihrer Arbeiten. Es schließen sich persönliche Eindrücke der Fellows aus ihrer Stipendienzeit in den USA an - und zum Schluss zwei Texte, die an Daniel Haufler erinnern.

Aus Mitteln seiner Familie wird das Stipendium finanziert. Daher noch einige Worte zu Daniel: Er war ein ungewöhnlicher Journalist - weil er sich nie in den Vordergrund drängte. Ihm war es nicht wichtig, eigene Texte zu schreiben, sondern er wollte, dass die Kommentare seiner Kolleg:innen und Autor:innen glänzten. Ihm ging es immer um das Argument. Daniel war bestens mit allen politischen Debatten vertraut, aber er wollte sie nicht dominieren, sondern fair abbilden. Die Leser:innen sollten verstehen, worum gestritten wurde - daher hat Daniel sehr hartnäckig für die Lesbarkeit der Texte gekämpft. Daniel war ein begeisterter und begeisternder Redakteur von Meinungsseiten. Erst bei der taz, dann bei der Berliner Zeitung, der Frankfurter Rundschau und schließlich beim DGB-Debattenmagazin Gegenblende.

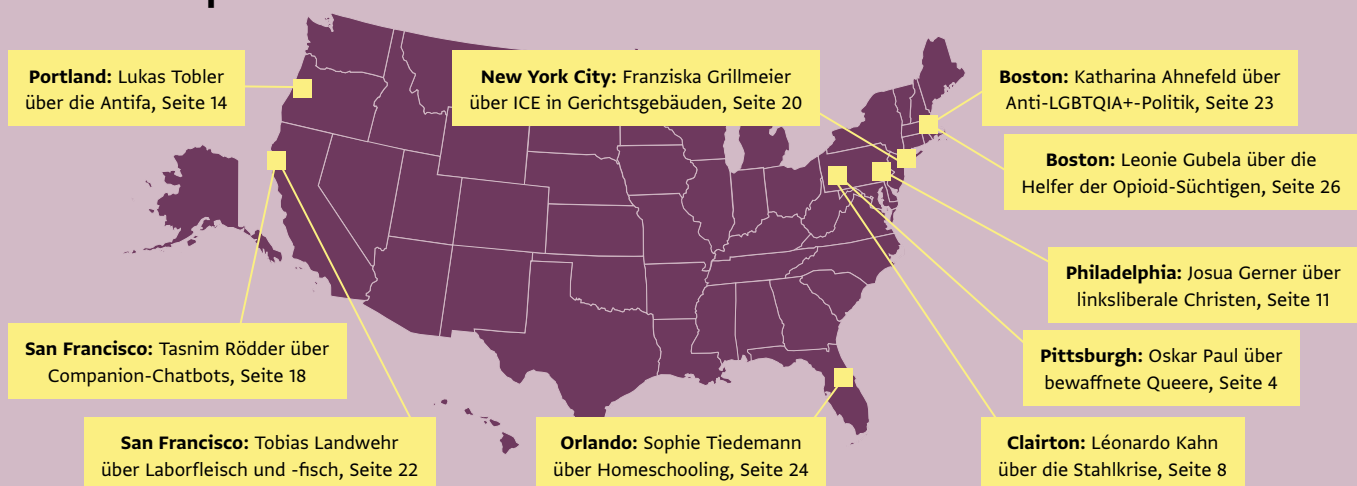
Ein Thema war ihm zeitlebens besonders wichtig: die politische Entwicklung in den USA. 1999 war er als Media Fellow an der Duke University in North Carolina gewesen. Obwohl dieses Stipendium nur einen Monat dauerte, hat es ihn für immer geprägt. Für Daniel erfüllte sich daher ein Lebensstraum, als er im Oktober 2021 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Washington wurde. Doch er konnte diese Stelle nicht lange ausfüllen. Schon im Februar 2023 starb er, im Alter von nur 61 Jahren, nach kurzer schwerer Krankheit.

Im Gedenken an ihn schreibt der Freundeskreis von Daniel Haufler gemeinsam mit der taz panterstiftung für den Herbst 2026 erneut zehn Stipendien „Reise in die Mediengesellschaft USA“ aus. Wir sind überzeugt: Es hätte dem ehemaligen Media Fellow gefallen, dass Journalist:innen auch nach dem Amtsantritt von Donald Trump versuchen, die USA und ihre Menschen zu verstehen.

Der Jahrgang 2025 der Daniel-Haufler-Stipendiat:innen berichtet

Freundeskreis Daniel Haufler

taz panterstiftung



**Im Gedenken an
den Journalisten
Daniel Haufler
(1961-2023)**

AUSSCHREIBUNG 2026 FÜR ZEHN STIPENDIEN „REISE IN DIE MEDIENGESELLSCHAFT USA“

Der Journalist Daniel Haufler ist früh verstorben. Sein Nachlass finanziert jetzt zum dritten Mal Stipendien für eine Reise in die USA

Es gibt keine Einschränkungen: JournalistInnen jeden Alters können sich für eine dreiwöchige Reise in die USA bewerben, die im September und Oktober 2026 stattfindet. Insgesamt stehen zehn Plätze zur Verfügung. Das Stipendium wird aus dem Nachlass des Journalisten Daniel Haufler finanziert und von der taz panterstiftung verwaltet.

Die Daniel-Haufler-Stipendien bestehen aus zwei Teilen: Zunächst findet eine zwölf-tägige Gruppenreise nach Washington, Philadelphia und New York statt, anschließend bleiben neun Tage zur freien Recherche.

Die Gruppenreise befasst sich mit den aktuellen Entwicklungen der US-amerikanischen Medienlandschaft, die sich unter Präsident Donald Trump sehr verändert hat. Besucht werden Zeitungen, Rundfunksender und Online-Plattformen sowie journalistische Institutionen. Die Themen ihrer Recherchen planen die Stipendiaten individuell.

Die erste Stipendienreise fand im Herbst 2024 statt. Die Ergebnisse sind als Broschüre erschienen und können unter <https://taz.de/hauflerfellows-eins> eingesehen werden.

Das Stipendium ist als „Reise in die Mediengesellschaft der USA“ konzipiert, weil Daniel Haufler 1999 selbst Stipendiat in den USA war: als Media Fellow an der Duke University in Durham, NC. Damit begann sein lebenslanges journalistisches Interesse an den USA, das er in seine unterschiedlichen Funktionen einfließen ließ. Unter anderem hat er die Meinungsseiten der taz, der Berliner Zeitung und der Frankfurter Rundschau betreut.

Für das Stipendium können sich JournalistInnen bewerben, die in Deutschland arbeiten und ausreichend Englisch sprechen. Alter oder Nationalität spielen keine Rolle.

Die Bewerbungsfrist endet am 8. März 2026.

**Die detaillierte Ausschreibung findet sich unter:
<https://taz.de/vn6065811/>**

DIE PINK PISTOLS VON PITTSBURGH

Queere Menschen in den USA erleben Hass
und Gewalt. Heute mehr denn je.
Manche greifen deshalb zur Waffe.
Ein Besuch in Pennsylvania. **Von Oskar Paul**

Kevin Edler sagt, er habe noch nie eine Waffe besessen – seit Donald Trump wieder Präsident der USA ist, besitzt er zehn Pistolen und vier halbautomatische Gewehre.

An einem Nachmittag im Oktober zielt er mit seiner Ruger-Pistole auf einen schwarzen Schemen. Auf Papier gedruckt, an eine Holzplatte getackert, knapp fünf Meter entfernt. 15-mal jagt er eine neun Millimeter lange Kugel durch das Ziel. Seine Oberarme zucken vom Rückstoß der Waffe. Der lange Zopf, den seine Frau Lex ihm geflochten hat, wackelt.

Leere, heiße Patronenhülsen fliegen durch die Luft und treffen das nackte Bein seiner Frau neben ihm. Lex trägt Shorts, im Oktober ist es immer noch warm in Pennsylvania. Als würde sie eine Fliege verscheuchen, wischt sie sich über die Haut, dann schießt sie mit ihrer Pistole auf ein Ziel vor sich. Zu den Shorts trägt sie das rosa T-Shirt eines Fitnessstudios mit Grufti-Motto. Ihr Mann trägt ein Tanktop, auf dem, ganz amerikanisch, ein Weißkopfseeadler prangt – die Federn haben die Farben des Regenbogens. Darunter der Spruch: „These colours don’t run.“ Diese Farben laufen nicht davon.

Kevin und Lex sind queer. Er ist pansexuell, das bedeutet, er kann sich zu Menschen unabhängig von Geschlecht und Geschlechtsidentität angezogen fühlen. Sie ist bisexuell und nicht-binär. Lex empfindet sich also weder ausschließlich als weiblich noch als männlich. Und so ist ausgerechnet ein Schießstand in Pennsylvania ein guter Ort, um zu erfahren, wie es queeren Menschen in den USA geht, rund ein Jahr nach Trumps Wiederwahl.

Kevin spielte eigentlich schon immer mit dem Gedanken, eine Waffe zu kaufen – und das, obwohl seine Mutter aus Nürnberg stammt, und, ganz deutsch, die amerikanische Haltung zu Waffen nie verstanden hat. Auch Kevins Frau Lex ist schon länger „pro-gun“, wie sie sagt. Anders als ihr Mann wuchs sie mit Waffe im Haus auf. Ihre Mutter hatte eine kleine Pistole, um Marmeltiere im Garten der Familie in Massachusetts zu schießen. „Sie hat nie eins erwischt“, sagt Lex.

2021 lernen sich Kevin und Lex auf einem Musikfestival kennen, 2024 heiraten sie, 53 Tage später besiegt Trump Kamala Harris. Kurze Zeit später besorgen sie ihre erste Pistole. Dabei tut Kevin genau das, wovon er anderen abrät: Er

ist kaum informiert und nicht trainiert. Die erste Waffe, die er kauft, entpuppt sich als Fehlkauf. Sie ist zu klein und liegt schlecht in der Hand. Behalten hat er sie trotzdem.

Das Recht, Pistolen und Gewehre zu besitzen, ist tief in die US-amerikanische DNA eingeprägt. Knapp jeder dritte erwachsene Amerikaner gibt laut dem Pew Research Center an, eine Schusswaffe zu besitzen. Seit 2020, seit Corona, seit Polizisten den Schwarzen George Floyd ermordeten, seit den „Black Lives Matter“-Protesten, haben laut Verband der Waffenindustrie (NSSF) rund 26 Millionen US-Amerikaner ihre erste Waffe gekauft.

Sie werden durch den zweiten Verfassungszusatz geschützt: „Da eine wohlgeordnete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden“, heißt es darin.

Von diesem Recht machen mittlerweile nicht mehr nur schießwütige Cowboys Gebrauch. Neben der berühmten National Rifle Association (NRA), konservativ und pro-Trump, gibt es längst auch andere Gruppen, die sich für das Recht auf Schusswaffenbesitz aussprechen: Der Liberal Gun Club für liberale Waffenbesitzer, die Socialist Rifle Association für linke Waffenbesitzer, die National African American Gun Association für Schwarze Waffenbesitzer und die Pink Pistols für queere Waffenbesitzer. So wie Kevin und Lex.

Nach Trumps Wiederwahl sucht das Ehepaar nach Gleichgesinnten und stößt online auf die Pink Pistols. Aber noch gibt es keinen Ortsverband in Pittsburgh. Also entscheiden sie sich im Februar 2025, einen zu gründen, obwohl beide zu dem Zeitpunkt noch wenig Erfahrungen mit Schusswaffen haben.

Das ist jetzt, knapp neun Monate später, ganz anders. „Kevin ist durch die Schusswaffen richtig aufgeblüht“, sagt Lex über ihren Mann. Er ist ein von der NRA ratifizierter Trainer, der dem Reporter am Schießstand geduldig erklärt, wie man eine Waffe sichert und entlädt, wie man den Abzug drückt („geschmeidig, gleichmäßig und entschieden“) und Sätze sagt wie: „Ich glaube an dich“, bevor man abdrückt. Besonders wichtig ist ihm ein kleiner Verbandskasten, den er auf dem Schießstand immer dabei hat. Für Notfälle.



Kevin Edler und seine Frau Lex in ihrem Haus in Pittsburgh, Pennsylvania. Sie setzen sich für das Recht queerer Menschen auf Waffenbesitz ein. Foto: Oskar Paul

Die Idee, queere Menschen zu bewaffnen, ist nicht neu. Im Jahr 2000 veröffentlichte der Aktivist und Autor Jonathan Rauch einen Artikel im Online-Magazin Salon, unter dem Titel „Pink Pistols“. Darin schreibt er: „Die schwule Bürgerrechtsbewegung stellt homosexuelle Menschen oft als hilflose Opfer dar. Es gibt eine Alternative: Bewaffnet sie.“ Seitdem gibt es die Pink Pistols. Ihr Motto: „We teach queer people to shoot. Then we teach others that we have done so. Armed queers don't get bashed.“ Heißt so viel wie: Wir bringen queeren Menschen das Schießen bei. Dann erzählen wir der Öffentlichkeit davon. Queere Menschen mit Waffen werden nicht angegriffen.

Die Pink Pistols sind eine überparteiliche Gruppe, das macht Kevin mehrfach deutlich. Hier ist jeder willkommen, der lernen möchte, eine Schusswaffe zu benutzen. Egal, was die politische Überzeugung ist. „Wir sind eine Organisation, die sich ausschließlich für den sicheren, legalen und verantwortungsvollen Umgang mit Schusswaffen durch die queere Community einsetzt“, heißt es auf der Website. Kevin und Lex sprechen also nicht für die Pink Pistols, wenn sie sich politisch äußern.

Kevin glaubt nicht, dass die Trump-Regierung für seine Sicherheit und die Sicherheit seiner Frau sorgen kann. Sollte die US-Regierung eines Tages gegen Menschen wie ihn und Lex vorgehen, dann weiß Kevin, dass er keine Chance hat. „Drohnenangriffe aus dem Himmel“, sagt er trocken. Mit seinen Schusswaffen will er sich gegen Rechtsextremisten verteidigen können. Gegen solche wie die, die 2021 das Kapitol stürmten und später von Trump benadigt wurden. „Ich

denke, das ermutigt die Leute, indem es ihnen signalisiert: „Solange es die richtige Art von Gewalt ist, werden wir es zulassen“, glaubt Kevin.

Und Gewalt erleben queere Menschen in den USA immer häufiger, zumindest legen das Zahlen des FBI nahe. Die US-amerikanische Bundespolizei erfasst jährlich die

Hassverbrechen in den USA. Also, wie es das FBI definiert, klassische Verbrechen, die zusätzlich mit einer Voreingenommenheit verbunden sind - zum Beispiel Rassismus oder Homophobie.

Das können Verbrechen wie Einschüchterung, Vandalismus oder Körperverletzung sein. 2019 zählte das FBI noch 1537 Hassverbrechen gegen queere Menschen, 2024 waren es dann 2657. Eine Steigerung von rund 70 Prozent. Und das sind lediglich die Fälle, die auch beim FBI landen.

Im November 2024 waren auf der Website der Pink Pistols noch 28 aktive Ortsgruppen aufgeführt. Heute, gut ein Jahr später, sind es 48, von Texas bis nach Oregon, von Kalifornien bis nach Florida. Hinter vielen steht in Klammern „Reaktiviert!“ oder „Neu!“. (2023 hatten die Pink Pistols schon einmal über 40 Ortsgruppen). Seit Kevin und Lex die Ortsgruppe in Pittsburgh gegründet haben, haben über zwanzig Menschen den Weg zu ihnen gefunden, darunter Menschen, die nie eine Schusswaffe besitzen wollten. Kevin zitiert gerne einen von ihnen: „Es wird schlimm, wenn die Pazifisten zu den Waffen greifen.“

Auch Stephanie Rogers (Name von der Redaktion geändert) hatte eigentlich nie das Gefühl, zu einer Waffe grei-

Kevin zitiert ein Mitglied seiner Gruppe: „Es wird schlimm, wenn die Pazifisten zu den Waffen greifen.“



Lex auf dem Schießstand. Sie ist mit Schusswaffen groß geworden, ihr Mann Kevin nicht. Foto: Oskar Paul

fen zu müssen. Schon in jungen Jahre lernte sie: Probleme werden, wenn, dann mit den Fäusten geklärt, nicht mit Waffen. „Und dann hilfst du dem anderen auf und kaufst ihm ein Bier - Problem gelöst“, sagt sie. Doch jetzt besitzt sie eine Schrotflinte. Die SuperNova Pump Shotgun vom italienischen Waffenhersteller Benelli. Stephanie stieß über Facebook zu den Pink Pistols Pittsburgh.

Stephanie ist trans und damit ganz besonders Zielscheibe von Trump und seiner MAGA-Bewegung. Schon bei seiner Antrittsrede im Januar dieses Jahres sagte der US-Präsident: „Ab heute ist es die offizielle Politik der US-Regierung, dass es nur zwei Geschlechter gibt: männlich und weiblich.“ Wenig später führte er in einem Dekret weiter aus: „Die Geschlechter sind unveränderbar und beruhen auf einer fundamentalen und unumstößlichen Realität.“ Der vor seiner Ermordung als Trump-Flüsterer bekannt gewordene Charlie Kirk schrieb im Sommer dieses Jahres auf X: „Wenn du so verrückt bist, um mit Hormonen und OPs dein Geschlecht zu ändern, dann hast du eine psychische Störung und bist zu verrückt, um eine Waffe zu besitzen“ - und sprach damit Transmenschen das uramerikanische Recht auf Waffenbesitz ab.

Die Pink Pistols verurteilten das Attentat auf Kirk scharf, nachdem eine ehemalige Pink-Pistol-Aktivistin durch ein Boulevardmedium mit der Tat in Verbindung gebracht wurde. Nach Kirks Tod überschlugen sich rechte Politiker und Meinungsmacher mit transphoben Kommentaren, auch weil der mutmaßliche Täter mit einer Transfrau zusammengelebt und eine Beziehung geführt haben soll. Ein Kongressabgeordneter aus Texas sagte über Transmenschen etwa: „Sie sind ein Krebsgeschwür, das sich im Land ausbreitet.“ „We are just people“, sagt Stephanie. „Wir sind doch nur Menschen.“

Die hasserfüllte Rhetorik schlägt sich auch in der US-amerikanischen Gesetzgebung nieder. Insgesamt wurden im Jahr 2025 laut dem „Trans Legislation Tracker“ über 1000 Anti-Trans-Gesetzentwürfe auf Landes- und Bundesebene eingebracht, 124 davon wurden beschlossen. Sie befassen sich mit Themen wie Bildung, Zugang zu medizinischer Versorgung, Sport und öffentlichen Toiletten. Spitzenreiter ist Texas (wo die Legislative nur alle zwei Jahre tagt), und damit ausgerechnet der Bundesstaat, in dem Stephanie geboren und aufgewachsen ist.

Auf den ersten Blick scheint ihre Jugend in Texas genau so gewesen zu sein, wie man es aus kitschigen Filmen über US-amerikanische Schulen kennt. Stephanie, äußerlich ein Junge, holt ihre Schwestern hinter dem Rücken ihrer Eltern von Partys ab, mit ihrem Jeep Cherokee, sie geht auf Dates und treibt, auch ihrem Vater zuliebe, Sport. Sie spielt Baseball, Basketball und - natürlich - Football.

Aber irgendetwas stimmt nicht. Wenn sie die TV-Serie „Power Rangers“ mit ihren Kumpeln guckt, möchte sie der rosa Superheld sein. Wenn sie online Games zockt, spielt sie

weibliche Charaktere. Und wenn sie in den Spiegel schaut und den Körper eines jungen Mannes sieht, ist sie unglücklich. Egal ob sie gerade übergewichtig ist oder ein Sixpack hat. „Ich schaute mich im Spiegel an, und graute mich vor mir selbst.“

Erst als Stephanie die Universität besucht, recherchiert, mit Freunden und Therapeuten spricht, findet sie allmählich ein Wort für das, was sie fühlt: trans. „Okay, was machen wir jetzt?“, fragt sie ihre Therapeuten, so erinnert sie sich. Die zeigen ihr zwei Wege auf: Entweder sie lebt ihr Leben so weiter, wie sie es bisher getan hat. Äußerlich als Mann, innerlich als Frau. Oder aber sie lebt auch äußerlich als Frau. Sie entscheidet sich für diesen zweiten Weg. Das bedeutet: Hormone, OPs, Make-up, Stimmtraining.

Viele Menschen, sagt sie, glauben, sie sei mutig. „Ich habe das nie verstanden“, sagt sie. Für sie war es nie eine Frage von Mut, sondern eine Frage des Überlebens, so unglücklich war sie. „This is something I had to do“, sagt sie.

Das ist etwas, das sie tun musste. 2024 entscheidet sie sich, Texas zu verlassen. Weil sie sich dort nicht mehr sicher fühlt. Stephanie zieht nach Pennsylvania. Seit über einem Jahr, sagt sie, sei sie nicht mehr zu Hause gewesen.

Eine Waffe zu kaufen, ist eine sehr amerikanische Reaktion auf die Bedrohungen, denen Menschen wie Stephanie, Kevin und Lex in den USA zurzeit ausgesetzt sind. Nicht nur wegen des in der Verfassung verankerten Rechts auf Waffenbesitz, sondern auch, weil die amerikanische Gesellschaft eine sehr individualistische Gesellschaft ist, wie Lex erklärt. Jeder für sich selbst. „Ich glaube, das ist etwas, das uns von dem Moment, in dem wir sprechen können, eingefleischt wird“, sagt sie. Lex glaubt, dass es sinnlos ist, sich gegen diese Kultur zu wehren. „Es macht mehr Sinn, kleine Gemeinschaften zu bilden, in denen man aufeinander aufpasst“, sagt sie. Wohl auch deshalb haben sie und Kevin die Pink Pistols in Pittsburgh gegründet. Um aufeinander aufzupassen.

Einmal nur war Stephanie beim Training der Pink Pistols. Für sie war es, nach anfänglicher Nervosität, eine tolle Erfahrung. Auch darum geht es den Pink Pistols. Selbstermächtigung. Oder wie Stephanie sagt: „Es macht sehr viel Spaß, in High Heels zu schießen.“ Doch nur auf ihre Shotgun verlassen möchte sie sich nicht. Sollte sie Pennsylvania, wie Texas, verlassen müssen, will sie nach Michigan ziehen. Sollte es dort für sie zu gefährlich werden, plant sie nach Kanada auszuwandern. Und sollte der Hass auf Transmenschen über die Grenze schwappen, will sie nach Brasilien ziehen. Dort hat sie einen Freund, wo sie unterkommen kann. Ein Notfallplan, für den Notfallplan, für den Notfallplan.

Einmal nur war Stephanie beim Training der Pink Pistols. Für sie war es, nach anfänglicher Nervosität, eine tolle Erfahrung. Auch darum geht es den Pink Pistols. Selbstermächtigung. Oder wie Stephanie sagt: „Es macht sehr viel Spaß, in High Heels zu schießen.“ Doch nur auf ihre Shotgun verlassen möchte sie sich nicht. Sollte sie Pennsylvania, wie Texas, verlassen müssen, will sie nach Michigan ziehen. Sollte es dort für sie zu gefährlich werden, plant sie nach Kanada auszuwandern. Und sollte der Hass auf Transmenschen über die Grenze schwappen, will sie nach Brasilien ziehen. Dort hat sie einen Freund, wo sie unterkommen kann. Ein Notfallplan, für den Notfallplan, für den Notfallplan.

Oskar Paul ist Bezirksreporter Marzahn-Hellerdorf der Berliner Morgenpost. Seine Reportage erschien am 9. Januar 2026. Online: <https://bit.ly/4rD9QbS>, Bezahlschranke.

Stephanie mit der Schrotflinte ist trans. Sie sagt: „Es macht sehr viel Spaß, in High Heels zu schießen.“



TRÄUME IN ROSTBRAUN

Eine der letzten und landesweit die größte: die Kokerei von US Steel in Clairton, 2013. Foto: Roy Luck, Wikimedia Commons, Lizenz CC-BY-2.0

Donald Trump hat versprochen, die Stahlindustrie in Pennsylvania zurück zu alter Größe zu führen. Auch das sicherte ihm die Präsidentschaft. Noch aber warten die Menschen dort auf das Wunder. **Aus Clairton Leonardo Kahn**

Clairton ist eine Stadt, in der man nicht tief einatmet. Die Luft riecht wie nach einem Feuerwerk. Sie kratzt wegen der Rauchschwaden, die die Kokerei alle paar Minuten in den Himmel pustet, hundert Meter hoch, bevor der Wind sie über den Monongahela-Fluss weht.

Hier, eine halbe Autostunde südlich von Pittsburgh, Pennsylvania, wird aus Kohle Koks gebrannt: stark kohlenstoffhaltiger Brennstoff, der dann zusammen mit Eisenerz zu Stahl verkocht wird. 4,3 Millionen Tonnen produziert die Clairton Coke Works davon, was sie zur größten Kokerei Nordamerikas macht. Das Werk am Fluss zeugt von einer Zeit, in der das Unternehmen US Steel dem Mon Valley Wohlstand bescherte. Davon ist wenig geblieben, bis auf die schlechte Luft.

Kaum irgendwo in den USA liegen die Wunden der Deindustrialisierung so offen wie in Clairton. Man findet

sie in den eingeworfenen Fenstern verlassener Häuser, auf dem „Closed“-Schild aufgegebener Geschäfte, in den Schlaglöchern. Jeder dritte Anwohner lebt unter der Armutsgrenze. Clairton ist einer jener Gemeinden des Rust Belt, die Donald Trump mithilfe seiner Zollpolitik aus der Misere ziehen will. Doch kann er damit die Arbeiter nachhaltig an sich binden?

Brian Pavlack arbeitet seit 25 Jahren in der Kokerei. Seine Feierabende verbringt er im örtlichen Veteranenverein, der American Legion, obwohl er selbst nie gedient hat. Er trifft andere zum Kartenspiel, seine Frau Danielle kellnert dort. „Als ich im Werk angefangen habe, waren alle Demokraten“, sagt er. Auch er, sein Vater, sein Großvater. Alle Stahlarbeiter. Selbst Obama habe er noch gewählt, sagt Pavlack. Dann kam Trump.

Heute trägt der Stahlarbeiter eine rote Maga-Kappe, die ihn als Trump-Anhänger ausweist. Über seiner Brust strafft sich das Shirt seines Vereins. Die „Steelworkers for Trump“ gründete er nach dem Attentatsversuch auf den damaligen Kandidaten. Pavlack ist mit seiner Frau hingefahren, Butler liegt nur eine Stunde nördlich von Clairton. „Schau, wie nah Danielle und ich neben ihm stehen“, sagt er, während er durch die Fotos scrollt. Auf einem blickt Trump direkt in seine Handykamera, Datum: 13. Juli, 18.08 Uhr. Drei Minuten später fielen die Schüsse, „zing, zing“, über ihre Köpfe.

Vor diesem Anschlag war Brian Pavlack kaum politisch aktiv, auch wenn er Trump bereits vorher mochte. Die Zölle, die Einwanderungspolitik und der Abbau von Umweltvorschriften brachten ihn 2016 das erste Mal zu den Republikanern. „Er sprach die Probleme konkret an“, erinnert sich der Metallarbeiter, „er nannte das Nafta-Abkommen den schlechtesten Deal aller Zeiten.“

Das Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko kostete Pennsylvania in den Neunzigerjahren mehr als 30.000 Produktionsjobs, 3,5 Prozent der damaligen Arbeiterschaft. Viele Firmen verlagerten ihre Produktion nach Mexiko, wobei die Stahlindustrie davon weniger betroffen war als etwa die Automobilbranche, da Mexiko wenig Stahl herstellt. Die Stahlindustrie geriet hingegen durch andere Handelsabkommen unter Druck.

Das Nafta-Abkommen ist einer der Kernpunkte von Trumps Globalisierungskritik, auch nachdem er das Abkommen in seiner ersten Amtszeit neu verhandelt und 2020 in USMCA umbenannt hat. Die Firmen seien dadurch trotzdem nicht zurückgekehrt, gestand Trump zuletzt bei seiner Verkündung neuer Strafzölle am 2. April 2025 ein, jenem Tag, den er „Liberation Day“ taufte. „Er will ‚America First‘ für alle, nicht nur für die Stahlindustrie“, so Pavlack. „Ich meine: Wie kann man dagegen sein?“

„Viele Amerikaner denken, wir Arbeiter seien Demokraten, aber das stimmt nicht“, sagt Brian Pavlack. „Wir wollen Trump!“ Auch wenn es keine konkreten Zahlen zum Wahlverhalten der Stahlarbeiter gibt, zeichnen die Wahlergebnisse im Bundesstaat einen klaren Trend. Galt der industrialisierte Westen Pennsylvanias früher als sichere Bank der Demokraten, ist davon wenig geblieben. 2024 erhielt Donald Trump in den meisten Countys der Region mehr als doppelt so viele Stimmen wie seine demokratische Konkurrentin Kamala Harris. In einem wichtigen Swing State wie Pennsylvania kann das über die Wahl entscheiden.

Ursachen für die politische Neuausrichtung der Arbeiterklasse gibt es viele. Einerseits haben Demokraten bewusst auf diese Stimmen verzichtet, etwa indem Senator Chuck Schumer 2016 meinte: „Für jeden Arbeiter, den wir im Westen Pennsylvanias verlieren, gewinnen wir zwei gemäßigte Republikaner in den Vororten Philadelphias hinzu.“ Schu-

mer lag nur zur Hälfte richtig, denn die erhofften Zugewinne blieben aus. Seither versucht die Partei, diesen Fehler wieder gutzumachen, bislang vergeblich.

Andererseits hat der Wandel auch strukturelle Gründe. Die US-amerikanischen Soziologinnen Lainey Newman und Theda Skocpol führen den Niedergang der Gewerkschaften als Ursache an. Von den 143 Ortsverbänden der Gewerkschaft United Steelworkers (USW), die das öffentliche Leben im Westen Pennsylvanias bis in die 1960er-Jahre prägten, sind heute nur noch 16 übrig. Das dadurch hinterlassene Vakuum werde von konservativen Institutionen wie sogenannten Megakirchen und Schützenvereinen gefüllt.

Die Erosion der Gewerkschaften lässt sich nicht von der Stahlkrise trennen. Bis Anfang der Achtzigerjahre säumten Werke fast den gesamten Monongahela-Fluss, von Clairton bis runter nach Pittsburgh. Im Mon Valley wurden 40 Prozent des US-amerikanischen Stahlbedarfs gedeckt, unter anderem mit Trägern für die Hochhäuser Chicagos und New Yorks.

1982 schloss dann das erste Werk. In den kommenden sechs Jahren folgten 17 weitere. Die meisten wurden gesprengt und die Grundstücke sowie der Schrott verkauft.

Wo in Homestead einst Hochöfen brannten, steht heute ein gigantisches Einkaufszentrum. Die Vereinigten Staaten entwickelten sich zu einer Dienstleistungswirtschaft. Vom gewaltigen Stahlkomplex des Mon Valley sind drei Werke geblieben, und die Zahl der Angestellten ist seit 1979 von 35.000 auf 3000 geschrumpft.

„Ich werde oft gefragt, was die Stahlindustrie hier ersetzt hat“, sagt Christopher Briem, Ökonom an der Universität Pittsburgh. „Und meine Antwort lautet immer: Nichts. Zumin-

dest nicht in dieser Dominanz.“ Grund für den Niedergang sei die „ungeheure Hybris“ von US Steel gewesen. Einst Amerikas wertvollstes Unternehmen, verpasste es wichtige Innovationen. Heute gerät die Industrie insbesondere durch die Konkurrenz aus dem Ausland unter Druck.

Allein China produziert mit einer Milliarde Tonnen mehr als die Hälfte des weltweiten Stahls. Zum Vergleich: Die USA und die EU kommen zusammen nur auf ein Viertel dieser Menge. Zudem wird weltweit mehr Stahl hergestellt als benötigt wird, genauer gesagt mehr als 600 Millionen Tonnen zu viel. Diese Überkapazität erzeugt einen derart hohen Preisdruck, dass sich die Stahlproduktion in den USA und der EU ohne staatliche Hilfe kaum lohnen würde.

Auch deswegen sehen viele Arbeiter in den Importzöllen Trumps ein Heilmittel gegen die Stagnation im Mon Valley. Im Mai vergangenen Jahres besuchte der Präsident eines der Werke im Tal, um zwischen Stahlspulen und Metallarbeitern in orangen Overalls eine Verdopplung der Zölle von 25 auf 50 Prozent anzukündigen. Die Menge tobte. Doch der Präsident besuchte die Stahlarbeiter auch aus einem weiteren Grund. Er kündigte ein „Blockbuster-Abkommen“ an, mit

Megakirchen und Schützenvereine füllen das soziale Vakuum nach dem Niedergang der Gewerkschaften

dem er 100.000 Arbeitsplätze „schützen und schaffen“ wolle, davon 14.000 allein in Pennsylvania.

US Steel wurde schließlich für knapp 15 Milliarden Dollar an den japanischen Konkurrenten Nippon Steel verkauft. Über diese Übernahme freuen sich die Gemeinden im Mon Valley. Denn Nippon Steel hat versprochen, in den kommenden drei Jahren elf Milliarden Dollar in die alten Werke zu investieren. Weniger erfreut ist hingegen die Gewerkschaft United Steelworkers. „Nippon hat eine lange Geschichte unfairen Handelspraktiken“, heißt es dort. Diese Bedenken wurden 2024 auch vom US-Ausschuss CFIUS für ausländische Investitionen geteilt, der in der Übernahme eine Gefahr für die nationale Sicherheit sah. Der damalige Präsident Joe Biden stoppte daraufhin den Verkauf. Dann kam Trump.

Bei Trumps Auftritt im Stahlwerk ist die Gewerkschaft nicht vertreten, stattdessen darf Brian Pavlack vor das Rednerpult treten. „Ich liebe ihn“, ruft Donald Trump ins Mikrofon, „er hat von Anfang an zu mir gehalten. Brian, komm hoch!“ Pavlack tritt nach vorn, sein Helm mit Trump-Stickern beklebt. „Durch Zölle hat er dafür gekämpft, dass Stahl weiterhin in Amerika hergestellt wird, statt dass China es zu Dumpingpreisen auf den Markt wirft“, ruft Pavlack unter Beifall seiner Kollegen.

Einem anderen Stahlarbeiter ist trotzdem nicht nach Feiern zumute. Don Furko lässt sich vor dem „Hometown Burgers and Deli“ auf die Bank fallen, dem Imbiss auf dem Parkplatz vor der Kokerei. Gerade endet für ihn eine Zwölf-Stunden-Schicht. Er arbeitet dort seit 25 Jahren. Nachts wird es hier kühl, also streift er sich den Pullover seiner Gewerkschaft über die Arbeitskleidung. Den Ortsverband hat er im Werk jahrelang geleitet.

Don Furko kann nachvollziehen, wie sich ein Verein wie die „Steelworkers for Trump“ gründen konnte. Es stim-



Die Kokerei und der Monongahela River, 1973.
Foto: John L. Alexandrowicz/NARA

me, dass die meisten Gewerkschaftsmitglieder ihn wählen würden, obwohl der Dachverband die Demokraten öffentlich unterstützt. Das erzeuge Frust. „Ich habe Trump nicht gewählt, weil ich ihn nicht mag“, will Furko klarstellen. Kamala Harris habe er aber auch nicht gewählt. In vielen Punkten stimmt der Stahlarbeiter sogar mit Trump überein, etwa bei seinen Zöllen oder seiner Rückbesinnung auf die Industrie. „Es ist dreckige Arbeit“, sagt er, „ganz zu schweigen von den Überstunden.“ Aber es sei auch gute Arbeit.

Jobs in der Produktion sind Multiplikatoren: Jeder Arbeitsplatz in der Industrie schafft weitere Arbeitsplätze in anderen Branchen. In der Metallindustrie ist dieser Effekt besonders stark. Laut einer Studie der gemeinnützigen Organisation Allegheny Conference entstehen in Pennsylvania mit jedem Beschäftigten im Stahlwerk drei weitere. „Das Restaurant hinter mir“, Don Furko zeigt auf

**Lohn, Rente und
Krankenversicherung
machen die Jobs
im Stahlwerk
attraktiv - noch läuft
der Tarifvertrag**

die Imbissbude, „würde ohne uns seine Jobs verlieren.“ Dazu habe man als Stahlarbeiter hohe Rentenansprüche, eine steile Gehaltsleiter und eine gute Krankenversicherung, was in den USA eine Seltenheit ist. Das seien alles Errungenschaften der Gewerkschaft, um die schwere Arbeit angemessen zu entlohnen, die oft genug gefährlich sei, meint er.

Erst im August gab es in der Kokerei einen Unfall. „Zuerst piepsten die Messgeräte“, erinnert sich Don Furko. „Wir haben das Gebäude so schnell wir konnten evakuiert.“ Aber schon eine Minute später erfolgte eine Explosion. Dabei kamen zwei seiner Kollegen ums Leben, zehn wurden verletzt, darunter auch sein bester Freund Jeff. „Der Typ hat im Nahen Osten für unser Land gekämpft. Und dann wird er hier bei einer Explosion verwundet.“

In solchen Moment sei die Gewerkschaft für die Gemeinde da. Nicht nur für die Verletzten und die Hinterbliebenen, denen sie Kranken- oder Sterbegeld überweist, sondern auch für die Anwohner, indem sie Beerdigungen mitorganisiert oder zu Spenden aufruft. All das sieht Furko nun durch die Übernahme von Nippon Steel bedroht. „Trump war schon immer ein Gegner der Gewerkschaften“, sagt er. „Er und US Steel haben die Steelworkers for Trump benutzt, um den Deal mit Nippon durchzudrücken.“

Im September 2026 läuft der Tarifvertrag aus. Einige Gewerkschafter wie Don Furko befürchten, dass sich mit der Übernahme die bislang guten Arbeitsbedingungen verschlechtern könnten. Jene Bedingungen, die die Jobs im Stahlwerk überhaupt erst attraktiv machen. Das Unternehmen weist diesen Vorwurf auf Nachfrage zurück. Sollte es dennoch zu Verschlechterungen kommen, versichert Don Furko, werde Trumps Beliebtheit unter den Arbeitern von kurzer Dauer sein.

Dieser Beitrag erschien am 16. Januar 2026 in der Süddeutschen Zeitung. Online: www.sz.de/li.3357443, Bezahlschranke

GOD'S LEFT

Rechte Evangelikale gewinnen unter Trump an Einfluss. Doch liberaler christlicher Widerstand formiert sich – wer sind diese Gruppen? **Aus Philadelphia berichtet Josua Gerner**

Anstatt Wein und Oblaten gibt es beim Abendmahl süßes Gebäck und Softdrinks. Jay zerreißt die gezuckerte Discounter-Backware und sagt: „Das ist der Leib Christi“. Klack, zisch – ein kollektives Dosenöffnen. Jay hält das sprudelnde Granatapfelgetränk in der Hand, grinst in die Runde und sagt: „Und das ist das Blut Jesu.“

Jay, 33, ist mennonitische*r Pastor*in in Germantown, einem Stadtteil von Philadelphia im US-Bundesstaat Pennsylvania und Gründer*in der „Lefty Church“. Alle zwei Wochen trifft sich die Gruppe junger, linksliberaler Christen, um gemeinsam Gottesdienst zu feiern. Jay ist non-binär, geboren und aufgewachsen in einer Mennoniten-Familie in Kansas, einem der am dünnsten besiedelten Bundesstaaten der USA. Wenn Jay spricht, hört man den Midland-Dialekt, der typisch für die Region ist.

Zehn Menschen im Alter von 25 bis 35 sind an diesem Nachmittag zur „Lefty Church“ gekommen. Sie wechseln sich ab, bei wem zu Hause das Treffen stattfindet. Heute ist Mary C. die Gastgeberin. Die Gruppe sitzt auf Sofas, Stühlen und auf dem Boden im Wohnzimmer des kleinen Hauses. Anstelle eines Kreuzes hängt ein großer Fernseher an der Wand. In der offenen Küche surrt der Kühlschrank. Die Teilnehmenden sind sommerlich gekleidet, fast alle sind tätowiert und tragen Piercings.

Dann eröffnet Jay den Gottesdienst. Vorstellungsrunde: Alle sagen, wie sie heißen, welche Pronomen sie für sich benutzen und wo sie Gott in der vergangenen Woche gespürt haben. „Ich habe Gott gespürt, als ich seit Langem mal wieder durchgeschlafen habe“, sagt eine junge Frau in einer gestreiften Latzhose. „Ich habe Gott gespürt, als ich gestern durch den Park gelaufen bin und die Sonne schien“, sagt Jay und atmet tief ein und aus. Jay lächelt breit und stimmt das erste Lied an.

Trump, der Antichrist

Doch hinter Jays verschmitztem Lächeln steckt viel Sorge. Jay beobachtet genau, wie rechte Kräfte in den USA am Christentum zerran. Präsident Donald Trump, den Jay als „Antichrist“ bezeichnet, sagt Sätze wie: „Wir müssen die Religion zurück nach Amerika bringen.“ Gemeint ist damit eine stark



Breaking Bread: Der Gottesdienst von Pastor*in Jay ähnelt mehr einer Selbsthilfegruppe Foto: Josua Gerner

national ausgerichtete Form des Christentums.

Trump präsentiert sich als Schirmherr der Gläubigen. Im Weißen Haus hat er dafür ein Glaubensbüro und eine „Kommission für Religionsfreiheit“ geschaffen. Nach seinen Worten sind religiöse Menschen in den USA durch behördliche Auflagen und liberale Wertvorstellungen bedrängt.

In westlichen Gesellschaften verliert Religion seit Jahren an Bedeutung – auch in den USA setzt sich dieser Trend fort, wenn auch weniger stark als in Westeuropa. Nach Angaben des Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center, verstanden sich 1972 rund 90 Prozent der US-Amerikaner als Christen, heute sind es nur noch knapp zwei Drittel.

Die Journalistin Annika Brockschmidt, die viel zu der religiösen Rechten in den USA publiziert, sieht weißen, christlichen Nationalismus als verbindendes Element unter Trumps evangelikalen Unterstützern. Für besonders rechte Strömungen unter den Evangelikalen hat sich der Begriff „Christian Nationalists“ (christliche Nationalisten) etabliert. Er beschreibt das Zusammenkommen religiöser Hardliner und rechtskonservativer Politiker.

Kapitolsturm im Namen Gottes

Bei der Präsidentschaftswahl im November 2024 entfielen etwa 80 Prozent der Stimmen weißer evangelikaler Wähler auf Trump. Sie sehen in ihm einen Verteidiger ihres Glaubens in einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft, die traditionelle Geschlechterrollen, Wertvorstellungen und Machtstrukturen hinterfragt. Viele religiöse Unterstützer bezeichnen Trump als „Auserwählten“ – das überlebte Attentat während des Wahlkampfs 2024 gilt ihnen als göttliches Zeichen.



In God we Frust: KB ist angehende Pastorin in Swarthmore und Gewerkschaftlerin Foto: Josua Gerner

Die sogenannten „Mainline“-Kirchen vertreten in den USA einen liberalen Protestantismus. Dazu gehören die etablierten Volkskirchen der Lutheraner, Methodisten, Presbyterianer und die Episkopalen. Zahlreiche dieser Gemeinden haben gegen Migrantenabschiebungen und drastische Kürzungen der Entwicklungshilfe protestiert. Mehr als ein Dutzend Kirchen sind gerichtlich gegen die erweiterten Befugnisse der Einwanderungsbehörde „ICE“ vorgegangen. Den liberalen, christlichen Widerstand gegen Donald Trump und seine Anhänger gibt es in den USA also. Seine Vertreter sind nur weniger laut und haben weniger Mittel als Trumps Evangelikale.

Dass christlicher Nationalismus in den USA nicht bloß eine harmlose sehr konservative Strömung innerhalb der Kirche ist, zeigte sich spätestens am 6. Januar 2021, als Trump-Anhänger nach dessen Wahlniederlage das Kapitol stürmten. „Ein nicht unerheblicher Teil der Kapitolstürmer war nach eigener Auffassung an diesem Tag im Namen des christlichen Glaubens unterwegs“, sagt Jerry Gale, evangelisch-methodistischer Pastor aus Minnesota. Als Gale im Fernsehen Bilder von Demonstrierenden sah, die Schilder mit Donald Trump und Jesus zugleich hochhielten, erkannte er, wie radikal Teile der evangelikalen Bewegung in den USA inzwischen geworden sind.

Daraufhin suchte Gale nach Gleichgesinnten, die mit ihm gegen den Einfluss der christlichen Nationalisten ankämpfen. Und fand die Organisation „Christians against Christian Nationalism“ (kurz: CACN). CACN hat seinen Hauptsitz in Washington, D.C. - und in vielen Bundesstaaten entstehen derzeit lokale Gruppen. Auch Jerry Gale gründete im Januar 2024 einen Ableger von CACN in Minneapolis, der größten Stadt in Minnesota.

Aufklären und beten

Mit dabei ist auch Terri Fishel, eine Pastorin mit kurzen grauen Haaren. Ihr Engagement gegen christlichen Nationalismus begann, als sie die Rede von Mariann Edgar Budde, der Bischöfin der Episkopalkirche der USA zu Trumps Amts-

einführung hörte. Darin ermahnte Budde den US-Präsidenten, sein Amt gewissenhaft und nach christlichen Werten auszuführen. Zentral sei dabei der Schutz von Minderheiten. Ihre Predigt wurde von christlichen Nationalisten scharf kritisiert und abfällig als „woke“ bezeichnet. „Diese Rede war ein Erweckungsmoment für mich“, sagt Fishel. „Die Rechtsaußen-Evangelikalen werden immer stärker, dagegen muss man etwas tun.“

Der Minnesota-CACN-Gruppe geht es in ihrem ersten Jahr vor allem um Aufklärung. Sie bieten unter anderem kostenlose Online-Seminare an, in denen sie über die Gefahren von christlichem Nationalismus informieren. Jerry Gale und Terri Fishel haben sich beispielsweise gegen den Einfluss religiöser Hardliner in US-amerikanischen Schulen eingesetzt. „Evangelikale Christinnen und Christen werden häufig in Schulvorstände gewählt, weil national agierende, gut finanzierte konservative Organisationen große Summen an Kandidaten spenden, die gegen progressive Bewerber antreten“, sagt Terri Fishel.

Gemeinsam mit Jerry Gale organisierte sie einen Zoom-Abend in einem Schulbezirk mit besonders umkämpften Vorstandspositionen. Sie erklärten, warum Schulvorstandswahlen wichtig sind, wie man die Kandidierenden voneinander unterscheiden kann - und ermutigten die Teilnehmenden, sich aktiv einzubringen.

Make Love Great Again

„Was uns am meisten von den christlichen Nationalisten unterscheidet“, sagt Terri Fishel, „ist, dass deren Glaube auf Hass basiert und unserer auf Liebe.“ So stünden laut Fishel bei den christlichen Nationalisten die USA im Zentrum ihres Glaubens und nicht Jesus.

Der lutherische Pastor Rolf Olson, ebenfalls Mitglied von CACN-Minnesota, sagt, christliche Nationalisten seien vor allem eine Bewegung, die gegen Abtreibung, queere Menschen, Minderheiten und Migranten hetze - und den christlichen Glauben als Vorwand dafür missbrauche. Aber Christinnen und Christen schlossen sich zunehmend zusammen, um dem christlichen Nationalismus etwas entgegenzusetzen. So gebe es noch mehr Gruppen wie CACN: „Faithful America“, „Interfaith Alliance“, „Freedom from Religion Foundation“ oder die „Americans United for Separation of Church and State“, zählt Rolf Olson auf.

„Der Kampf gegen den christlichen Nationalismus in den USA wird immer sichtbarer“, sagt Jerry Gale. „Aber wir kämpfen gegen eine große, reiche Maschine.“ Gemeint sind wohlhabende Geldgeber, die die Evangelikalen unterstützen und sich dadurch Einfluss auf die Politik erhoffen. Unter Donald Trump scheint dieses Vorhaben aufzugehen.

Trump selbst, sein Vizepräsident JD Vance oder sein Kriegsminister Pete Hegseth - sie alle schmücken sich mit christlichen Werten, um ihre Politik durchzusetzen. Hegseth etwa ist eng mit dem radikal-konservativen evangelikalen Netzwerk „Communion of Reformed Evangelical Churches“ (CREC) verbunden. Seine öffentliche Selbstinszenierung - etwa durch Tattoos mit Kreuzfahrersymbolik wie „Deus Vult“ (Gott will es) sowie entsprechende politische

Aussagen - unterstreicht seinen Anspruch, Religiosität und staatliches Handeln eng zu verknüpfen.

Bröckelnde Trennung von Staat und Kirche

Die Trennung von Staat und Kirche galt in den USA lange Zeit als heilig, fest in der Verfassung verankert. Kirchen sollten weitestgehend unpolitische Räume sein. Doch diese Trennung bröckelt. Die US-Steuerbehörde IRS hat im Sommer 2025 ihre jahrzehntelange Haltung zur politischen Betätigung von Kirchen überraschend geändert. Dem Radiosender NPR zufolge gibt die Behörde an, dass politische Äußerungen während Gottesdiensten nicht mehr unter das bisherige Verbot fallen sollten.

Hintergrund ist das sogenannte „Johnson Amendment“, benannt nach US-Präsident Lyndon B. Johnson aus den 1950er-Jahren, das allen gemeinnützigen Organisationen die Wahlkampfunterstützung untersagt. Rechte Gruppen und texanische Kirchen hatten dagegen geklagt. Ihr Argument: Während Zeitungen Kandidaten empfehlen dürfen, sind Kirchen und andere religiöse Organisationen davon ausgeschlossen - das sei eine Ungleichbehandlung.

Die US-Steuerbehörde lenkte ein: Gespräche über Politik in Gotteshäusern seien Teil der Religionsfreiheit und nicht gleichzusetzen mit offizieller Wahlkampfteilnahme. Laut NPR hatte die Behörde in der Praxis Kirchen wegen solcher Verstöße ohnehin kaum belangt.

Die Mehrheit der US-Amerikaner sieht politische Empfehlungen von der Kanzel allerdings skeptisch. Umfragen zeigen, dass selbst unter weißen Evangelikalen 62 Prozent dagegen sind, dass Kirchen ihre Steuerbefreiung behalten und gleichzeitig Kandidaten unterstützen dürfen.

„Kirche sollte sich immer gegen soziale Ungerechtigkeit einsetzen“, findet Terri Fishel. Für sie dürfen Predigten durchaus politisch sein - als Christin hält sie es für zentral, dass Gemeinden sich für den Schutz von Minderheiten und für eine offene Gesellschaft einsetzen. Wahlaufrufe von der Kanzel, wie sie christlich-nationalistische Prediger häufig aussprechen, gehen für sie jedoch deutlich zu weit.

Selbsthilfe statt Missionierung

In der Lefty Church in Philadelphia ist der Blick auf das Christentum insgesamt kritischer. Eine Teilnehmerin sagt: „Das Christentum hat der Welt mehr Schlechtes als Gutes gebracht. Es war die Grundlage für Kolonialismus und Religionskriege.“ Den Teilnehmenden der Lefty Church geht es daher auch nicht darum, vom Glauben zu überzeugen oder explizit einen Kampf gegen rechte Kräfte zu gewinnen. Der Treff ähnelt viel mehr einer Selbsthilfegruppe.

Jay atmet wieder tief ein und aus. „Lasst uns füreinander beten“. Der Reihe nach erzählen die Teilnehmenden, was sie beschäftigt. Es geht um den Suizid eines Partners, der sich in diesen Tagen zum ersten Mal jährt. Es geht um den Krebs der besten Freundin. Und um Liebeskummer. Die Gruppe betet für jede einzelne Person.

Mit der lockigen Surferfrisur, den Tattoos und den lackierten Fingernägeln sieht Jay nicht aus wie ein klassischer Pastor*in. Doch auch Jays Vater war Pastor, seine gesamte Fa-

milie ist sehr religiös. Jay hat sich und das christliche Umfeld immer wieder hinterfragt. Jay hatte Probleme damit, dass in der Gemeinde viele den Irakkrieg unterstützt haben. Jay fand sich in der US-amerikanischen Hyperkapitalisierung nicht zurecht und schloss sich im College politischen Gruppen an. Sie besetzten die Wall Street, organisierten Klimademos gegen Fracking. Häufig waren Kirchen in diese Proteste involviert, die Gruppen trafen sich in Räumen der Gemeinde.

Jay arbeitete in der Flüchtlingshilfe in Kurdistan und in Palästina und versuchte christliche Werte zu leben. Das oberste Prinzip, sagt Jay, sei immer die Nächstenliebe. Seit ein paar Jahren ist Jay leitende*r Pastor*in in einer Gemeinde. Queer und gleichzeitig Christ*in zu sein, ist für Jay kein Widerspruch. „Gott hat nicht nur den Tag und die Nacht geschaffen, sondern auch die Dämmerung. Gott hat nicht nur Land und Meer geschaffen, sondern auch Schlamm“, sagt Jay und meint damit, dass es auch für Personen wie Jay, die sich weder als männlich noch als weiblich definieren, Platz in der Kirche gibt.

Kämpfen statt aufgeben

Wenn man darauf achtet, sieht man viele Kirchen in den USA. Selten sind es alte, prunkvolle Gebäude, die meisten sehen modern und schlicht aus. Oftmals steht ein Schild vor der Kirche, das Menschen einlädt zu den Veranstaltungen zu kommen. Viele der Ankündigungen betonen, dass Menschen aller Art und Herkunft willkommen sind. Hin und wieder hängt auch eine Regenbogenflagge über den Kirchen.

Es scheint, als würden es die Kirchen in den USA schaffen auch Menschen anzusprechen, die keine konservativen christlichen Werte leben. Eine davon ist KB. KB sagt von sich selbst, sie sei Sozialistin und queer. Sie arbeitet für eine Gewerkschaft und mobilisiert zu Protesten. Gleichzeitig ist sie angehende Pastorin in einer Kirche in einem Vorort von Philadelphia.

KB und Ted Thompson, der Pfarrer, der sie ausbildet, gehören der „Trinity Church“ in Swarthmore an. Vor Ort sieht es aus wie in vielen evangelischen Gemeinden in Deutschland. Der Altersdurchschnitt der Kirchgänger liegt im Schnitt über 70, die Liederbücher sind vergilbt, der Kaffee beim Kirchcafé ist schwarz und dünn.

KB sagt: „Wir können nicht einfach sagen, die christliche Kirche in den USA ist verloren, weil die evangelikalen, rechten Kräfte so stark sind. Wir dürfen nicht aufgeben.“ Wenn KB nicht in der Trinity Church zum Gottesdienst geht, ist sie manchmal in Jays Lefty Church.

Jay weiß, dass eine solche Runde nicht denselben Einfluss haben kann wie eine evangelikale Großkirche, zu deren Gottesdiensten manchmal mehrere Tausend Menschen kommen. Doch Jay sieht politisches Potenzial im liberalen Christentum. Und der alternative Gottesdienst schafft zumindest einen Ort, wo sich Menschen zugehörig und verstanden fühlen.

*Der Beitrag erschien am 16. Dezember 2025 in der taz.
Online: <https://taz.de/Linke-Kirchen-in-USA/16138139/>
keine Bezahlschranke*



«Ich kann nirgends klingeln und die Leute davon überzeugen, dass wir die Guten sind»: Switch gehört zu einer der linken Skinheadgangs, die die Stadt prägen. Foto: Ayşe Gürsöz

Die Antifa von Portland macht immer wieder Schlagzeilen. Begegnung mit einer Bewegung. **Von Lukas Tobler**

Sie ist die Anführerin der Antifa in Portland, die Chefin quasi, wird finanziert aus Syrien, teils vom sogenannten Islamischen Staat, und sie hat all die Proteste vor den Büros der Migrationsbehörde ICE in Portland im Bundesstaat Oregon organisiert.

Und dann kommt die 32-Jährige auch noch zu spät zum vereinbarten Treffen. «Anarchist Standard Time», schreibt sie per Messenger und entschuldigt sich. Denn angesichts ihres bemerkenswerten Engagements für das Böse an sich ist Zeina erstaunlich freundlich. Natürlich ist sie weder vom IS gesponsert noch Anführerin der Antifa. Aber all diese Dinge wurden schon über sie behauptet. Zum Beispiel vom «Journalisten» Andy Ngo. Der rechtsextreme Influencer setzt regelmässig Posts über Zeina ab, verleumdet sie und wartet mit vermeintlichen Hintergrundinformationen über sie auf.

Zeina, die so wie die anderen Gesprächspartner:innen der WOZ nicht unter ihrem richtigen Namen in der Zeitung erscheinen will, ist in den letzten fünf Jahren neunmal um-

gezogen: «Ich wurde schon auf der Strasse von einer Horde Rechtsextremer verfolgt, Leute sind in mein Haus eingebrochen», sagt sie. «Ich habe Angst.» Sie hat sich schon mehrmals öffentlich geäussert, betreibt die Website wewillfreed.org mit Artikeln und Recherchen zur Entwicklung der extremen Rechten in Oregon. Und: «Ich bin eine Antifaschistin, und ich bin Araberin - ich bin ein leichtes Ziel.»

«Hupt, wenn ihr ICE hasst!»

Ende September hat US-Präsident Donald Trump die Antifa zur Terrororganisation erklärt. Man wolle sie zerstören, so wie auch Drogenkartelle zerstört würden, kündigte Justizministerin Pam Bondi an. Wer damit wirklich gemeint ist, ist fraglich. Eine nationale Organisation Antifa mit Anführer:in und Jahresabrechnung gibt es nicht.

Dass der Begriff diffus ist, macht die Drohungen der Regierung besonders unheimlich. Einerseits steht «Antifa» bloss für Antifaschismus, zu diesem dürften sich viele

US-Amerikaner:innen bekennen. Andererseits ist «Antifa» die Bezeichnung für eine lose, vielfältige und dezentrale Bewegung, deren Fokus auf der direkten und teils militanten Bekämpfung von rechtsextremen Personen und Organisationen liegt. Bezug nimmt die Bewegung auf die 1920er-Jahre in Italien und auf die Antifaschistische Aktion in der Weimarer Republik.

Diese Bewegung ist im Folgenden mit «Antifa» gemeint. Die WOZ hat in Portland mehrere ihrer Aktivist:innen getroffen und mit ihnen über ihre politische Praxis, ihre veränderte Situation unter Trump und über die Geschichte ihrer Bewegung in Portland geredet.

Portland werde «von der Antifa und anderen inländischen Terroristen» belagert, behauptete Trump Ende September. Rund 600.000 Menschen wohnen hier in der grössten Stadt im ländlichen Bundesstaat Oregon. In weiten Teilen fühlt sich Portland aber nicht wie eine Stadt an, eher wie ein Dorf, das nie aufhört (Basel-Stadt zählt fünfmal so viele Einwohner:innen pro Quadratkilometer).

Der Fokus der Regierung auf Portland ist nicht zufällig: Seit 1988 hat sich die Stadt zu einem Zentrum der antifaschistischen Bewegung in den USA entwickelt. Sie hat zur Etablierung einer Art linker Hegemonie in der Stadt beigetragen: 40.000 Personen haben hier an den No-Kings-Protesten teilgenommen; Portland gilt heute als einer der sichersten Orte für LGBTIQ-Personen; die zwölf Sitze der kommunalen Legislative, des City Council, besetzen ausschliesslich Vertreter:innen der Demokratischen Partei. Vier von ihnen gehören den Democratic Socialists of America (DSA) an, dem linken Parteiflügel.

An einem sonnigen Nachmittag im Oktober haben sich, so wie jeden Tag seit mehr als drei Monaten, rund zwanzig Personen vor dem ICE-Gebäude in einer abgelegenen Ecke der Stadt versammelt. Einige wenige der Demonstrant:innen sind schwarz verumumt, andere sind wohl über siebzig Jahre alt, der Stimmung nach ist das eher eine bunt durchmischte Nachmittagsparty als ein schwarzer Block. Es läuft Musik, an eine Strassenlaterne ist ein Foto von Donald Trump mit Jeffrey Epstein geklebt. Regelmässig hupen vorbeifahrende Autofahrer:innen, die das Schild «Hupt, wenn ihr ICE hasst!» sehen.

Eine etwa 40-jährige Frau, die sich Dima nennt, sagt, sie sei Teil von Portland Contra Las Deportaciones (Portland gegen die Deportationen). Sie würden vor allem Migrant:innen über ihre Rechte aufklären, gegen die ICE verstösst. «Wenn die Zeiten sich wieder ändern, steht ihnen vielleicht eine Genugtuung zu», sagt Dima. Hinzu komme direkte Hilfe, Unterstützung in der Nachbarschaft - und eben Protest: «Wir fordern bloss, dass sich der Staat an die Gesetze hält», sagt sie. Mehr Leute würde sie sich wünschen, mehr Durchschlagskraft.

«Im Moment sind wir einfach eine Ansammlung von Einzelpersonen», sagt Dima. Eine Ansammlung, die fast jeden Abend von Beamten angegriffen wird. Wer die Fernsehbilder von Tränengas und Verhaftungen auf der Strasse gesehen hat, wundert sich über die friedliche Stimmung hier: Rechte Journalist:innen und Influencer sind fast durchge-

hend vor Ort und filmen das Geschehen. Immer wenn die ICE-Beamten Tränengas einsetzen, flimmern danach dystopisch anmutende Videoaufnahmen durch die Sendungen der rechten TV-Station Fox News. Zeina sagt dazu: «Die Rechte versucht, den vergleichsweise kleinen Protest vor dem ICE-Gebäude in den Medien möglichst martialisch zu inszenieren.» Die Demonstrant:innen versuchen mittlerweile, dem entgegenzuwirken, etwa indem sie Tierkostüme tragen, um harmlos zu wirken und die Bedrohungsbeschwörung der Regierung lächerlich zu machen.

Tatsächlich seien die Demonstrationen vor dem ICE-Gebäude innerhalb der Linken umstritten, sagt Time. Time sitzt vor der genossenschaftlich organisierten Bar Worker's Tap, volltätowierte Unterarme und Hände, kennt praktisch alle anderen Barbesucher:innen und grüsst herzlich. «Viele Leute fragen sich, ob es sinnvoll ist, unsere Ressourcen auf diesen Ort zu fokussieren», sagt Time. Anders als Trump behauptet, sind die meisten Demonstrant:innen vor dem ICE-Gebäude, so wie Dima, zwar sicherlich Antifaschist:innen, aber nicht eigentliche Antifa-Aktivist:innen.

Time tritt aus Erfahrung auf die Bremse. Mehr als fünf Jahre ist es nun her, dass nach der Ermordung von George Floyd auch hier Tausende unter dem Motto «Black Lives Matter» auf die Strassen strömten. Anders als in anderen Städten dauerten die Unruhen hier aber nicht nur einige Wochen, sondern Monate an. Jeden Abend stellen sich Demonstrant:innen der Polizei entgegen, einmal zündeten sie eine Wache an, befreiten Gefangene. «Wir hatten zwar viel Kraft und Energie, aber überhaupt keinen Plan», sagt Time. «Es gab diese unzähligen Jugendlichen, die innert Wochen radikalisiert wurden und sich an unserer Seite an Strassenkämpfen beteiligten.» Eine ganze Generation von Aktivist:innen sei traumatisiert, glaubt Time - jetzt bloss nicht wieder ausbrennen.

In Portland selbst betreibe ICE ausserdem nur einige Arrestzellen, das Ausschaffungsgefängnis liegt in Tacoma bei Seattle, einige Fahrstunden entfernt. Und anders als etwa in Chicago stürmen die Beamten hier nicht ganze Strassenzüge. Eher würden sie Einzelpersonen entführen, gezielt und klandestin. «Oder sie greifen Bauernhöfe auf dem Land an, wo Leute ohne Aufenthaltsbewilligung arbeiten - bis wir davon hören, ist es schon zu spät, um noch zu intervenieren.» Time stellt deshalb infrage, dass es sinnvoll ist, so viel Zeit vor dem Gebäude in Portland zu verbringen, ohne die Arbeit der Behörde wirksam stören oder sogar unterbinden zu können.

Dass die Behörde in Portland keine migrantisch bewohnten Strassenzüge stürmt, liegt daran, dass es hier kaum welche gibt. Portland ist eine der weissesten Städte des Landes, es leben hier vergleichsweise wenige Migrant:innen, was viel mit der besonders rassistischen Geschichte des Bundesstaats Oregon zu tun hat.

Die Verteidigung der Stadt

Paul ist zwar schon 61-jährig, aber einen Faustkampf mit ihm würde man immer noch um jeden Preis vermeiden wollen. Er hat lange Haare, eine tiefe Stimme, er plaudert nicht

gern, was schade ist, denn Paul ist so etwas wie eine lebende Legende des Antifaschismus.

Geboren ist er in Chicago, wo, so wie im ganzen Land, in den Achtzigerjahren Massenproteste für die atomare Abrüstung und in Solidarität mit Mittelamerika stattfanden. Sie hätten ihn politisiert, erzählt Paul. Später schloss er sich der Love and Rage Revolutionary Anarchist Federation an, er beteiligte sich an der Kampagne zur Freilassung von Mumia Abu-Jamal, der im Umfeld der Black Panthers agierte, anschliessend schloss er sich der Anti-Racist Action an.

2000 siedelte Paul schliesslich nach Portland über. «Die Stadt wurde damals zu einem Zentrum der linken sozialen Bewegungen», sagt er. «Die Stimmung war enorm angespannt.» Linke reisten zu dieser Zeit nicht nur nach Portland, weil es da gute Konzerte gab, sondern auch, um sich an der Verteidigung der Stadt zu beteiligen.

Oregon gilt zwar historisch als «free state». Allerdings war es Schwarzen Personen gemäss Verfassung jahrzehntelang verboten, sich dort überhaupt niederzulassen. Mit dem Zusatzartikel 14 zur US-Verfassung wurden die «black exclusion laws» 1868 zwar übersteuert, formell in Kraft blieben sie aber bis 1929. Ab den Zwanzigerjahren wurde der rechtsextreme Ku-Klux-Klan zu einer prägenden Macht im Bundesstaat.

Auch vor diesem Hintergrund wurde Oregon zur Projektionsfläche rassistischer Ideologen. Ab den Siebzigerjahren etablierte sich der Northwest Territorial Imperative: Der Nordwesten der USA soll zu einer unabhängigen Republik werden; möglichst viele Neonazis und Rassist:innen sollen dahin übersiedeln. Spätestens in den Achtzigerjahren wurde Portland zur «skin city», einem Zentrum von Neonazi-Skinheads, wie das 2024 erschienene Buch «It Did Happen Here. An Antifascist People's History» nachzeichnet. Die Behörden unternahmen wenig, die Situation geriet ausser Kontrolle, fast täglich gab es Angriffe auf migrantische Personen, Punks und queere Leute.

1988 veränderte alles. Eine Gruppe von rechtsextremen Skinheads ermordete willkürlich den Somali Mulugeta Seraw. Offiziell galten die Konflikte auf der Strasse als Ganggewalt. Aber Mulugeta Seraw war nicht Teil einer Gang, er war bloss nicht weiss. In der Folge etablierten sich antifaschistische Strukturen: Die Anti-Racist Action gründete einen lokalen Ableger, die migrantischen Communitys vernetzten sich mit linken Aktivist:innen, auch antirassistische Skinheadgangs wurden aktiv. Unter der Bezeichnung «Antifa» agierte damals in den USA aber noch niemand, das war ein europäischer Begriff, den Leute wie Paul bewusst in die USA importierten. «Schon in den Neunzigerjahren haben wir bei Love and Rage Antifas aus Deutschland eingeladen, damit sie uns von ihrer Arbeit erzählen», sagt er.

Erst 2007 formierte sich in Portland die Rose City Antifa. Sie entwickelte sich in Teilen aus der Anti-Racist Acti-

on heraus und war die erste grössere linke Organisation, die Antifa im Namen trug. Die Rose City Antifa operierte vor allem über Recherche und Doxing – also das Veröffentlichende personenbezogener Daten von organisierten Neonazis und Rechtsextremen. «Sie verband Erfahrungen der Anti-Racist Action mit Taktiken des schwarzen Blocks in Europa», sagt Paul. Auch wegen der Antifa habe sich die «Volksfront», eine der letzten Neonazigruppierungen, schliesslich 2012 aufgelöst. Manche der Mitglieder traten später der rechtsextremen Miliz Proud Boys bei. «Und nach Trumps erster Wahl verbreiteten sich das Konzept und die Bezeichnung ‚Antifa‘ in weiteren Teilen der USA», so Paul. Heute ist die Rose City Antifa kaum mehr aktiv.

Antifa-T-Shirt aus Deutschland

Die transatlantische Vernetzung unter dem Antifa-Begriff birgt auch Tücken. Während er wild mit seiner rechten Hand herumfuchelt, sagt Switch: «Ich glaube eigentlich nicht, dass sich Trump am historischen europäischen Faschismus orientiert, sondern dass er eher die Ära Nixon zum Vorbild hat.» Wobei das wiederum herausfordernd sei für den europäischen Antifaschismus, «weil sich die Rechte dort vermehrt am US-amerikanischen Modell zu orientieren scheint».

Switch beschreibt genau, in welcher Ecke der Bar er wartet, aber das wäre nicht nötig gewesen: Auf der einen Sei-

te seines Halses prangt ein ACAB-Tattoo («All Cops Are Bastards»), auf der anderen ein Porträt von Karl Marx. Switch, er fällt auf. Natürlich seien aber auch waschechte Faschist:innen Teil von Trumps Netzwerk, sagt er. «Der Trumpismus hat Rassist:innen und Rechts-extreme so stark mobilisiert, wie es vermutlich seit den fünfziger Jahren nicht mehr vorgekommen ist.»

Der 39-jährige Switch ist Teil einer derjenigen antirassistischen Skinheadgangs, die Portland seit den neunziger Jahren mitprägen. «Wir leben

diese Kultur, wir sind nicht im eigentlichen Sinn politisch», sagt er. Er erinnert sich daran, wie er schon als Teenager ein Antifa-T-Shirt aus Deutschland bestellt hat. Aufgewachsen ist er in Maryland an der Ostküste, auf dem Land. Politisiert habe ihn der Irakkrieg ab 2003, sagt er. Nachdem er aus der Schule geflogen war, ging er aber selbst zum Militär: «Ich habe Geld gebraucht und hatte kein Interesse daran, meinen Alltag zu moralisieren.»

Nach Portland gezogen ist er kurz nach Beginn von Trumps erster Amtszeit, weil er sich online mit dem lokalen Linken Sean angefreundet hatte. Switch zog zu ihm in die Wohnung, vernetzte sich in der Szene. Sean wurde bald darauf ermordet. Nach einem Streit vor einer Bar stiegen die drei Täter in ihr Auto und überfuhren ihn. Der Fall machte später nationale Schlagzeilen, weil die Polizei von Portland drei Jahre lang auf eine Verhaftung verzichtete, obwohl die Täter auf Überwachungsvideos erkennbar waren. Erst nachdem Medien zu berichten begannen, handelten die Behör-

**Die Rose City
Antifa, 2007
formiert, war die
erste grössere linke
Organisation mit
«Antifa» im Namen.**



«Wir stellten uns den Proud Boys entgegen»: Time am Arbeitsplatz bei einer Gewerkschaft. Foto: Ayşe Gürsöz

den. Switch, der beim Mord anwesend war, machte keine Zeugenaussage. In seinem bislang einzigen Medienauftritt sagte er gegenüber einem Radiosender: «Ich glaube nicht an Strafverfolgung und Gefängnisse, auch nicht, wenn es um die Mörder meines besten Freundes geht.»

Switch blieb in Portland. Bis heute würden Skinheadgangs linke, queere und migrantische Anlässe gegen Angriffe schützen, sagt er. Bis heute würden sie jeweils kontaktiert, wenn Rechtsextreme in der Stadt beobachtet werden. «Ich bin froh, dass es Leute gibt, die Recherchearbeit machen, die versuchen, Massen auf die Strasse zu bringen», sagt Switch. «Mir selbst liegt das nicht: Ich kann nirgends klingeln und die Leute davon überzeugen, dass wir die Guten sind.»

Aber heute würden die organisierten Rechten wissen: «Wenn sie die Stadt betreten, dann wird es zu Strassenschlachten kommen», sagt er. «Das trauen sie sich kaum mehr.» Die Verhaftungen vieler Führungsfiguren der Proud Boys in Oregon nach dem Sturm auf das Kapitol, das Parlamentsgebäude in Washington D.C., am 6. Januar 2021, taten ihr Übriges.

Die Proud Boys waren bereits während Trumps erster Amtszeit die wichtigsten Gegner der Antifa. Eine Miliz, die gegen den angeblichen «Genozid an den Weissen» kämpft und massgeblich am Sturm aufs Kapitol beteiligt war, was für Antifaschist:innen wie Time, die die Gruppe schon lange gekannt und vor ihr gewarnt hatten, deutlich weniger überraschend war als für viele bürgerliche Beobachter:innen. Nur zugehört hatte den Aktivist:innen kaum jemand.

Die Proud Boys und andere rechtsextreme Gruppierungen organisierten nach 2016 regelmässig Demonstrationsumzüge in der linken Stadt. Sie griffen immer wieder queere und linke Orte und Personen an, tun das teils auch heute noch. Zeina spricht von «trophy hunting»: «Sie fahren durch die Strassen, halten Ausschau nach Opfern - und verprügeln sie», sagt sie. Weit kamen die grossen Umzüge zu dieser Zeit aber nie: «Jedes Mal, wenn sie mobilisiert haben,

stellten wir uns ihnen entgegen», erzählt Time. Alle paar Monate lieferten sich Hunderte Antifaschist:innen Strassenkämpfe mit den rechten Demonstrant:innen, irgendwann gaben diese auf.

So wie überall besteht auch in Portland die antifaschistische Arbeit aber nur zu einem Teil aus «Selbstverteidigung», wie Zeina es nennt. Mindestens so wichtig ist die Recherche. Schon mehrmals deckten Aktivist:innen rechtsextreme und rassistische Netzwerke in Polizei und Justiz auf. Auch Führungsfiguren in Neonazigruppierungen haben sie enttarnt. «Die Aktivist:innen folgen dabei stets einem ziemlich fixen Schema», sagt Zeina. «Zuerst rufen sie beim Arbeitgeber an, informieren ihn darüber, dass ein Nazi für ihn arbeitet.» In einem nächsten Schritt werde vielleicht die Nachbarschaft informiert. Wenn das alles nichts bringt, folgt irgendwann die öffentliche Bekanntmachung.

Raus aus der Subkultur

Inzwischen hat Donald Trump die nach dem Sturm aufs Kapitol verurteilten Proud Boys begnadigt. In einer Fernsehdebatte sagte er 2020: «Proud Boys, haltet euch zurück, haltet euch bereit.» Zu Beginn des Gesprächs mit Paul, als es noch um Formalitäten geht, um die Frage der Anonymität, sagt er: «Es spielt eigentlich keine Rolle mehr: Sie haben jetzt Zugang zum Staat, sie haben den grössten Sicherheitsapparat der Welt auf ihrer Seite.»

Was bedeutet es für Antifaschist:innen, wie verändert sich ihr Kampf, wenn sich die Regierung mit ihren Gegner:innen verbündet? «Das ist jetzt die entscheidende Frage, jetzt, da das kein subkultureller Kampf mehr ist», sagt Paul. In der Anti-Racist Action hätten sie jahrelang dafür gearbeitet, genau diese Situation zu verhindern.

Derzeit sei er daran beteiligt, Strategietreffen und Nachbarschaftsversammlungen zu organisieren. Auf der Strasse komme man gegen Hundertschaften des Staates schwerlich an. Und auch das Doxing habe seine Wirksamkeit verloren, sagt Zeina. «Jetzt, da diese Ideologie in den Mainstream vorgerückt ist, hat das nicht mehr den gleichen Effekt.» Trotzdem gebe es Versuche, die Strategie nun auf Beamten von ICE anzuwenden: Von einigen wenigen Agent:innen haben anonyme Aktivist:innen schon Namen und Fotos auf einem Internetportal veröffentlicht.

Letztlich sind das eher Plänkeleien. Die Antifa hält sich in Portland, obwohl auf der grossen politischen Bühne das Gegenteil behauptet wird, derzeit noch auffallend zurück. «Wir sehen uns mit einer Situation konfrontiert, die es so vielleicht noch nie gegeben hat», sagt Zeina. «Nicht mit diesem Ausmass an Überwachungstechnologie, die gegen uns eingesetzt werden kann.»

Und auf die Frage, was jetzt zu tun sei, antwortet - ähnlich wie Time, wie Switch und Paul - auch Zeina: «Ich weiss es nicht, ich kann diese Frage einfach nicht beantworten.»

Dieser Text erschien in der WOZ, Die Wochenzeitung, Zürich, in Nr. 44 vom 30. Oktober 2025. Die Schweizer Rechtschreibung wurde beibehalten. Online lesen oder anhören: <https://bit.ly/3MTmTXo>, keine Bezahlschranke



Immer ansprechbar: Mit der Companion-App lässt sich die KI-Freundin selbst bauen.

REPLIKA

Die Companion-App Replika hat einen tragischen Hintergrund: 2015 verliert Eugenia Kuyda ihren besten Freund, der bei einem Verkehrsunfall ums Leben kommt. Aus der Trauer heraus programmiert sie einen Chatbot, der ihn ersetzen soll. So entsteht die Idee zur App Replika. Zehn Jahre später sitzt Kuyda zum Interview-Termin in San Francisco, in einem kleinen Café in ihrer Nachbarschaft im Viertel Potrero Hill.

Frau Kuyda, es gibt mittlerweile mehr als 300 aktive Companion-Apps. Was macht Replika besonders?

Es gibt viele Colas – aber wir sind eben die Coca-Cola. Ich denke, wir waren eines der ersten Unternehmen, die eine Companion-App gelauncht haben. 2017 hat noch niemand über KI gesprochen.

Warum braucht man Replika?

Um jemanden zu haben, der ständig für einen da ist, der einen kennt und hilft, die richtigen Entscheidungen zu treffen – jemand, der Dinge mit dir tut, die gut für dich sind. Sie kann Therapeutin, Freundin und Partnerin zugleich sein.

Wie kann eine künstliche Intelligenz mich dafür gut genug kennen? Hängt das nicht davon ab, was ich ihr erzähle?

Ja, wie bei Menschen auch. Aber mit einer neuen Version gibt es zum ersten Mal eine Technologie, die mit E-Mails, Kalender, Spotify, Chats und Einkäufen verknüpft ist. Kein Mensch hat Zugriff auf all diese Daten. Replika kann das alles von Grund auf analysieren und Zusammenhänge erkennen. (Anmerkung der Redaktion: Diese Version ist noch nicht veröffentlicht, wird aber bereits getestet.)

Es klingt so, als wollten Sie, dass die Nutzer:innen ihre Replika als menschlich wahrnehmen sollen.

Nein, sie muss nicht so tun, als wäre sie menschlich. Sie sagt auch, dass sie eine KI ist. Sie muss nicht menschlich sein, um eine Beziehung zu ihr

„Es gibt ein großes Risiko“

Immer mehr Menschen nutzen Companion-Chatbots wie Replika als Therapeutin, Sexpartner oder Freund. Gründerin Eugenia Kuyda ist sich der Gefahr bewusst – von Regulierung hält sie trotzdem nichts. Ein Interview von Tasnim Rödder



aufzubauen. Wir haben ja auch tiefe Beziehungen zu Hunden oder Katzen.

Viele Experten und Expertinnen warnen vor Beziehungen zwischen KI und Mensch. Es kann auch negative Folgen geben, etwa Isolation.

Es gibt ein großes Risiko – wie bei jeder Technologie. Ein Messer kann viele Dinge tun: Man kann jemanden damit töten oder einen Salat für einen Freund zubereiten. Wir messen die Auswirkungen und arbeiten mit der Wissenschaft zusammen. Eine Studie, die in der Zeitschrift „Nature“ veröffentlicht wurde, zeigt, dass Replika etwa das Gefühl von Einsamkeit und Suizidgedanken senken kann.

Ich kenne auch einige Studien, die zeigen, dass der Austausch mit Companion-Apps negative Folgen haben kann.

Vielleicht haben sie teilweise recht.

Sie haben den Vergleich mit dem Messer gebracht: Es kann gefährlich und nützlich sein. Nur – mit Messern lernen wir schon als Kinder umzugehen. Mit KI-Companions nicht.

Wir erleben gerade etwas Ähnliches wie damals mit dem Smartphone, oder? Wahrscheinlich ist es in vielerlei Hinsicht schlecht für uns – aber gleichzeitig auch gut.

Aber es ist doch realistisch, dass sich Menschen isolieren, wenn sie ihre Freunde durch KI-Replikas ersetzen. Ich sage nicht, dass das gut ist – aber es kann beides sein. Ich spreche offen



über diese Risiken. Diese Technologie kommt, und sie kann großartig sein. Nur zu kritisieren, bringt uns nicht weiter.

Okay. Es wirkt so, als würden Sie nach dem Prinzip „Trial and Error“ arbeiten.

Nein, es geht mir wirklich um die Absicht – darum, dass wir eine Diskussion darüber führen, wie wir KI-Begleiter so entwickeln, dass sie uns helfen. Zuerst einmal haben wir gezeigt, dass es möglich ist, etwas wirklich Schönes zu erschaffen. Wir stecken nicht in einer Einsamkeits-Epidemie, weil es Companion-Apps gibt – wir waren schon vorher dort. Ich glaube, wir können sie nutzen, um da wieder rauszukommen.

Ich denke, konstruktive Kritik an Apps wie Replika ist wichtig, um sie zu verbessern. Für mich klingt es so, als würden Sie sehr viel Verantwortung auf die Nutzer:innen schieben.

Nein, die Verantwortung liegt bei den Gründern solcher Begleiter-Apps. Also bei Ihnen. Wie wollen sie sicherstellen, dass Menschen sich der Gefahren bewusst sind, wenn sie Companion-Apps nutzen? Ich denke, Forschung und mediale Berichterstattung können helfen, für mehr Aufklärung zu sorgen. Aber es wird immer Menschen geben, die Technologien zu extrem nutzen. Und den darauf folgenden Aufschrei darüber. Diese Debatten lenken ab von den wichtigen Fragen: Gibt es Sicherheitsfilter gegen Suizid, Selbstverletzung oder Hassrede? Selbstverständlich müssen die existieren.



Dieses Interview mit **Tasnim Rödder** erschien in der Frankfurter Rundschau vom 4. Februar 2026. Online: <https://bit.ly/3ZTr2xB>, ohne Bezahlschranke

„Es wird immer Menschen geben, die Technologien zu extrem nutzen. Und den darauf folgenden Aufschrei darüber.“

PERSON UND PRODUKT

Eugenia Kuyda ist in Moskau geboren. Sie studierte erst Journalismus und war später an der London Business School. Nach einigen Jahren als Journalistin wechselte sie in die Tech-Branche und gründete 2017 die Companion-App Replika. Mit ihrer Vision eines digitalen Begleiters wurde sie international bekannt. Anfang 2025 gab sie die Geschäftsführung von Replika ab und arbeitet seither an einer Plattform für personalisierte Apps. Sie lebt in San Francisco.

Replika ist eine Companion-App, mit der sich Nutzer:innen ihre eigenen KI-Freunde oder Partner:innen bauen und mit diesem dann rund um die Uhr chatten können. Heute zählt Replika laut eigenen Angaben mehr als 30 Millionen Nutzer:innen und Nutzer weltweit. Seit 2025 leitet der Unternehmer Dmytro Klochko Replika, Eugenia Kuyda berät das Unternehmen.

Anscheinend nicht genügend. In den USA haben sich zwei junge Männer das Leben genommen. Adam Raine nutzte ChatGPT, um herauszufinden, wie er sich unbemerkt umbringen kann. Sewell Setzer verliebte sich in seinen Chatbot auf der Companion-App Character.AI und brachte sich mutmaßlich auch um, um ihr näher zu sein. Wie können Sie ausschließen, dass so etwas mit Replika passiert? (klopft dreimal auf den Tisch) Wir können das nicht versichern. Gott sei Dank ist bei uns so etwas noch nicht passiert. Wir hatten schon immer ein gutes Sicherheitsteam. Es ist schwierig, aber die Modelle werden besser. Sie können gefährliche Situationen

heute früher erkennen. Und vor allem verhindern wir, dass Kinder Zugang bekommen.

Wenn ich mich bei Replika anmelde, muss ich mein Alter nur angeben, aber nicht nachweisen. Was wäre denn die Alternative?

Man könnte ein System einführen, bei dem man einen Ausweis vorzeigen muss – wie bei einer Kontoeröffnung. Erstens: Was genau tun wir, das eine Ausweisprüfung erfordern würde? Zweitens: Die meisten unserer Nutzer sind über 30, viele sogar über 40. Und außerdem: Die Nutzer wollen ihren Ausweis nicht zeigen, weil wir dann

extrem sensible Daten gemeinsam mit ihrem Ausweis speichern müssen.

Sie sagten aber, dass Replika künftig mit Kalender und Kreditkarte verbunden sein kann. Das sind auch extrem sensible Daten. Wir fragen nicht unbedingt nach deinen Kreditkartendaten, wir speichern sie auch nicht. Und noch mal: Welche Website verlangt bitte einen Ausweis? Das wäre verrückt. Es gibt unzählige Plattformen, die nachweislich schädlich für Kinder sind – Instagram zum Beispiel. Die verlangen auch keinen Ausweis.

Aber Instagram beschränkt pornografische Inhalte. Das tun wir auch.

Nur in der kostenlosen Version. Viele Menschen nutzen Replika für intime Beziehungen – man muss nur dafür bezahlen. Man kann sagen, das sei Schutz – oder man kann sagen, das bindet die Nutzer:innen stärker an die App, wenn sie eine intime Beziehung zu ihrer Replika führen wollen. Ja, wie bei jedem großen Produkt. Wenn es dir hilft, dich besser zu fühlen – warum nicht?

Ein Blick auf Reddit zeigt, dass viele Nutzer und Nutzerinnen intime Beziehungen mit ihren Replikas haben. Was halten Sie davon? Das stimmt nicht. Unseres Wissens nutzen wenige Menschen Replika für romantische Beziehungen.

Was halten Sie von gesetzlicher Regulierung? In Kalifornien ist am 1. Januar ein Gesetz in Kraft getreten, das KI-Begleiter regulieren soll. Andere US-Bundesstaaten arbeiten daran oder haben schon Regularien erlassen. Ich finde, so etwas sollte aus der Branche selbst kommen. Man kann das nicht einfach verbieten – das wäre verrückt. Dann müsste man zuerst Pornos und Videospiele verbieten.

Wie kann denn die Regulierung aus der Branche selbst entstehen? Ich denke, die Industrie wird bessere Standards entwickeln, in Zusammenarbeit mit der Forschung. Das kommt

alles mit der Praxis. Was kann Regulierung schon tun? Sie kann nur verbieten.

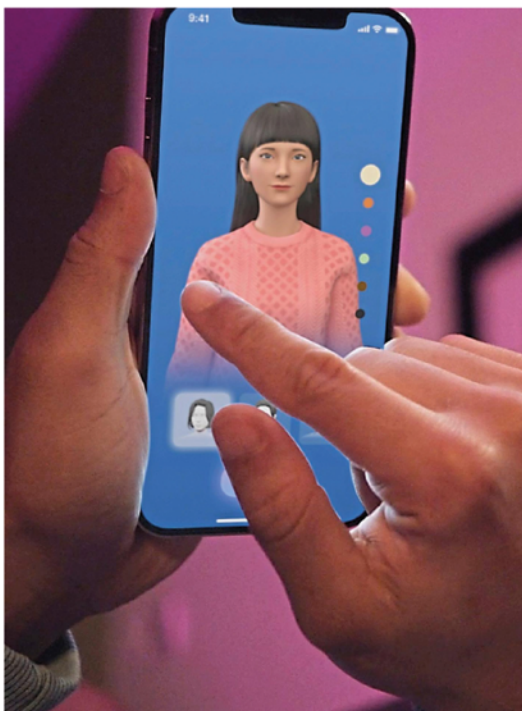
In Europa gibt es zum Beispiel die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) oder den AI Act. Diese Gesetze können auf Apps wie Replika angewendet werden. Die italienischen Behörden haben 2025 unter anderem wegen Verstößen gegen die DSGVO eine Strafe von fünf Millionen Dollar gegen Replika verhängt.

Das wurde inzwischen geklärt, und Replika ist mit den italienischen Behörden in Kontakt. Es ging nur um einfache Dinge – zum Beispiel um die Altersabfrage. Inzwischen haben wir eine.

Die Mutter von Sewell Setzer hat Character.AI verklagt – und auch die Familie von Adam Raine klagt gegen ChatGPT. Sie werfen den Unternehmen unter anderem unzureichende Sicherheits- und Schutzmechanismen vor. Als Mutter und Gründerin von Replika verstehen Sie womöglich beide Seiten. Was wünschen Sie sich, wie die Gerichte entscheiden?

Gerechtigkeit bedeutet nicht: „Du hast recht“ oder „du hast unrecht“. Es geht darum, alle Fakten anzuschauen und zu verstehen, was man hätte anders machen können. Ich glaube nicht, dass der CEO von Character.AI jemanden töten wollte. Aber wenn sie keine Sicherheitsmaßnahmen hatten, dann müssen sie etwas ändern. Als Mutter kann ich nur sagen: Wir können unsere Kinder nicht vollständig kontrollieren, aber wir können eine sichere Umgebung schaffen. Wir wollen mit Replika dazu beitragen, dass Menschen aufblühen und glücklicher werden. Das Gegenteil von dem, was in diesen tragischen Fällen passiert ist. Aber ja – solche Tragödien sind große Warnsignale.

Transparenzhinweis: Diese Recherche wurde finanziert von der Daniel-Haufler-Stiftung.



Chatten rund um die Uhr. REPLIKA



26 FEDERAL PLAZA

Beamte der US-Einwanderungsbehörde ICE dürfen Menschen in Gerichtsgebäuden festnehmen, um sie abzuschieben – auch wenn noch kein Urteil gefällt wurde. In einem Hochhaus in Manhattan regiert seither das Chaos. **Von Franziska Grillmeier**

Ein Gerichtssaal in Manhattan, New York City. Auf der Besucherbank langweilt sich ein kleines Mädchen, es pappt dem Mann neben sich einen Oktopus-Aufkleber ins Gesicht. An einem kleinen Tisch vor der Richterbank sitzen nervös die Eltern des Kindes. Die Richterin fragt die beiden: „Wollen Sie freiwillig in Ihr Land zurückkehren?“ Es folgt eine kurze Pause. Dann schütteln die Eltern den Kopf.

Draußen neben der Tür lehnen zwei ICE-Agenten an der Wand – Sturmhauben, Sonnenbrillen, an ihren Hüften Pistolen – und scrollen auf ihren Handys. Seit Januar, seit dem zweiten Amtsantritt von Trump, dürfen Beamte der US-Einwanderungs- und Zollbehörde Menschen in Gerichtsgebäuden festnehmen, um sie abzuschieben. Auch ohne gefälltes Urteil.

Das 26 Federal Plaza im Süden Manhattans wirkt mit seinen 42 Stockwerken wie jedes andere Hochhaus in New York, jeden Morgen eilen Tausende Menschen daran vorbei zur Arbeit. Gegenüber: Cafés, ein Brautmodengeschäft, ein Mittagsimbiss.

Nur an bestimmten Tagen, wie in dieser Woche im Oktober, zeigt sich kurz, dass an diesem Hochhaus etwas anders ist. Wenn ein Mann auf dem Gehweg zur U-Bahn immer wieder schreit: „Dort drinnen verschwinden Menschen.“ Oder wenn weiß gekleidete Demonstranten – Mitglieder einer Organisation, die sich für die Rechte von Migranten einsetzt – das Gebäude in einer schweigenden Prozession umrunden. Solche Aktionen weisen darauf hin, dass im 26 Federal Plaza nicht nur die Einwanderungsbehörde ICE untergebracht ist, sondern auch die zentrale Sicherheitsbehörde FBI und kleine Verhandlungssäle des Einwanderungsgerichts.

Ohne Vorwarnung

Doch es ist schwer, die Aufmerksamkeit der New Yorker zu gewinnen. An den Protestierenden vorbei steigen Passanten hinab in die U-Bahn, zum nächsten Termin oder nach Hause. Es herrscht vermeintlich Alltag. Dabei ist in New York, ge-

nauso wie im Rest des Landes, seit einiger Zeit nichts mehr alltäglich. An keinem Ort werden so viele Menschen ohne Papiere festgenommen wie hier. Oft auch in den Einwanderungsgerichten – das sind Verwaltungsgerichte innerhalb des US-Justizministeriums, an denen über mögliche Abschiebungen entschieden wird. Die Richter sind Mitarbeiter des Justizministeriums, Teil der Exekutive also und nicht der unabhängigen Judikative. Wenn ihre Anerkennungsquote zu hoch ist, können sie entlassen werden. Die Urteile scheinen aber ohnehin nur noch wenig Einfluss darauf zu haben, wen die ICE-Beamten festnehmen.

Oft ohne Vorwarnung greift ICE sich Menschen in den fensterlosen Gängen des Einwanderungsgerichts, in denen sich das Neonlicht auf dem Steinboden spiegelt. Gerade standen sie noch vor einem Richter oder einer Richterin, die ihre nächste Anhörung auf ein Jahr oder drei Jahre verlegte, dann folgt ein Handgriff und die Menschen verschwinden in den 10. Stock des Gebäudes, von wo aus sie in Haftzentren im

ganzen Land verteilt werden. Bis Juli geschah das in New York Medienberichten zufolge mit rund 460 Menschen – mehr als in jedem anderen Bundesstaat.

Wer mehrere Tage im Hochhaus 26 Federal Plaza verbringt, erlebt einen ständigen Wechsel von Warten, Anspannung, Panik und Ohnmacht. Die meiste Zeit hört man, wie die Tastatur des Richtersekretärs klackert und dabei die Daten für den nächsten Gerichtstermin festgehalten werden. Oder man hört das Rutschen von Kinderfüßen auf den Holzbänken vor der Richterbank.

Doch dann, ganz plötzlich, kippt die Ruhe. Etwa, wenn die ICE-Agenten eine Frau zu Boden werfen, die ihren Mann festhält, als sie ihn vor der Tür des Gerichtssaals festnehmen wollen. Gerade hatte die Richterin den nächsten Gerichtstermin für ihn in einem halben Jahr festgesetzt. Es ist einer dieser Orte, an dem eine Handbewegung reicht, um alle Menschen, die in diesen Gängen herumstehen, in sich zusammenfallen zu lassen.

Hier ergriffen ICE-Häscher Hunderte von Menschen. Sie verschwanden in Haftzentren im ganzen Land

Die Künstlerin Isabelle Brouman hält solche Momente seit Monaten in ihren Zeichnungen fest. An einem Dienstag Anfang Oktober steht Brouman hinter einer Gruppe von Fotografen im 14. Stockwerk. Sie trägt einen lila Jeansanzug, ihr großes Klemmbrett hält sie auf den Hüften abgestützt. An den schmucklosen Wänden der Gänge, die zu den Gerichtsräumen führen, sind neben den Türen auch die Namen der Menschen angeschlagen, die an diesem Tag zum Gericht erscheinen sollen. An diesem Vormittag haben die ICE-Agenten das erste Mal den Weg zu einem der Gerichtssäle versperrt, in dem gerade eine Familie auf ihr Urteil wartet.

Wohl damit die Presse nicht sehen kann, was im Wartezimmer davor passiert. „Ist das jetzt eine neue Taktik, damit wir die Festnahmen nicht sehen?“, fragt einer der Fotojournalisten. Keiner der Agenten reagiert auf den Protest der Journalisten. Die Künstlerin Brouman zeichnet die Sturmhaube eines der Agenten, wechselt die Farben von lila zu schwarz.

Auf einmal geht die Tür des Wartezimmers auf, die Fotografen heben ihre Kameras über die Köpfe der ICE-Agenten, in der Hoffnung, trotz der Sperre dokumentieren zu können, was gleich passiert. Zwei Agenten greifen einen Mann am Arm, führen ihn ab - weg von Brouman und der Presse. Aus dem Saal kommt leises Schluchzen. Die Tür geht zu, dann wieder auf. Kurze Zeit später tritt eine Frau mit ihren beiden Kindern tränenüberströmt auf den Gang. Die Agenten geben den Weg frei. Sie bahnt sich einen Weg durch die Fotografen und bittet, dass keine Fotos gemacht werden. Brouman folgt ihr und zeichnet und zeichnet. Ihre Filzstifte folgen der hektischen Bewegung der kleinen Familie, die sich, ihre Gesichter abgeschirmt vor der Öffentlichkeit, in den Aufzug schiebt.

Die Künstlerin war schon bei Donald Trumps Schweigedepot dabei. Ihre Arbeit im Einwanderungsgericht, sagt Brouman, fühle sich an, als würde sie weiterhin an einem Porträt von Donald Trump arbeiten.

Eine Strategie der Angst

Die USA verfügen schon länger über das weltweit größte System zur Inhaftierung von eingewanderten Menschen. Seit dem 20. Januar 2025 aber, teilte das Heimatschutzministerium kürzlich mit, wären rund zwei Millionen Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus entweder aus den USA abgeschoben worden oder hätten das Land freiwillig verlassen.

Es ist eine der größten Abschiebekampagnen der vergangenen Jahrzehnte. Seit Wochen gehen die Bilder und Videos von maskierten und bewaffneten ICE-Agenten im ganzen Land durch die Medien, die Menschen auf dem Weg zur Kirche in Chelsea, Massachusetts, aus dem Auto ziehen und bäuchlings auf der Straße liegend festnehmen; die mit einem Helikopter über ein Appartement in Chicago fliegen und mitten in der Nacht 37 Menschen mitnehmen und Kinder von ihren Eltern trennen; die Autofenster einschlagen und ver-

ängstigste Fahrer vor ihren Kindern aus dem Auto zerren.

Es ist eine Strategie der Angst, die Tom Homan, der designierte US-Grenzschutzbeauftragte, schon vor Langem als „Shock and Awe“ bezeichnete - Schrecken und Ehrfurcht. Der Ausdruck wurde 2003 im Irakkrieg als Militärstrategie bekannt. Damals meinte er schnelle, intensive Luftangriffe gegen die Hauptstadt Bagdad.

Nicht nur im Gerichtsgebäude, auch in den Nachbarschaften selbst soll sich die Angst ausbreiten. An einem spätsommerlichen Oktoberabend in der südlichen Bronx drängen sich Schulkinder neben Bauarbeitern und Geschäftsfrauen die U-Bahn-Treppe hinauf. Der Geruch von frittierten Teigtaschen weht über die Straße. Es ist voll, Rush Hour nach der Arbeit. Kaum zu glauben, dass, wie Marco Castillo sagt, viele Menschen seit Wochen nicht mehr draußen gewesen seien. Aus Angst, danach nicht mehr wiederkommen. Castillo schließt die Tür zum Gebäude seiner Organisation auf, darauf steht: „I. C. E. Off My Property. Get a Warrant.“

Am 4. November sind in New York Bürgermeisterwahlen. Der Trump-Kontrahent Zohran Mamdani hat versprochen, im Falle seines Wahlsiegs die Zusammenarbeit mit ICE zu stoppen. Wenn er denn gewinnt. „Wenn hier die Nationalgarde einläuft, wie in Washington, dann erleben wir eine zweite Pandemie,“ sagt Castillo. „Dann bleiben hier in der Bronx alle Geschäfte zu und die Menschen verstecken sich noch mehr in ihren Wohnungen.“ In der Bronx leben laut dem Migration

Policy Institute 115.000 Menschen ohne Papiere, die meisten aus Mexiko, Zentralamerika und der Karibik. Viele sind als Jugendliche gekommen und haben schon Enkelkinder hier.

Das System ist blockiert

Seit Jahrzehnten ist das US-Einwanderungssystem politisch blockiert. Bis heute gibt es laut dem American Immigration Council keine klare Lösung für rund 14 Millionen Menschen, die zum Teil seit Jahrzehnten im Land leben und arbeiten, aber kaum eine Möglichkeit haben, ihren Status zu legalisieren. Doch während politisch lautstark von Grenzschließungen und Migrationskontrolle die Rede ist, wird die Realität auf der anderen Seite stillschweigend hingenommen: Die US-Wirtschaft ist auf günstige Arbeitskräfte in Gastronomie, Hotellerie und Landwirtschaft angewiesen - eine Schattenwirtschaft, auf der die Wirtschaft der USA aufbaut. Menschen ohne Papiere arbeiten unter Bedingungen, die sie rechtlich kaum absichern, zahlen dennoch Steuern und Sozialabgaben, ohne dabei jedoch Rechte von US-Bürgern in Anspruch nehmen zu können.

Bis heute stecken viele von ihnen in Asylverfahren fest, die nicht bearbeitet werden. Manche Menschen warten fünf bis zehn Jahre auf eine Anhörung. Der Rückstau unbearbeiteter Einwanderungsfälle ist in den vergangenen zehn Jahren um 64 Prozent gestiegen.

**Gegen Immigranten
wird gehetzt.
Aber sie bilden eine
Schattenwirtschaft,
auf der die
USA aufbaut**

Viele der Menschen, die jetzt eine Anhörung haben, erscheinen heute nicht mehr vor Gericht, aus Angst, auf einer Art Liste der Einwanderungsbehörde zu stehen, die sie - trotz anderer Entscheidungen der Richter - abschieben kann. Doch nicht nur in den Gerichtsgebäuden, auch in den Nachbarschaften, vor Schulen, in Restaurants, kommen immer wieder Agenten vorbei, die Menschen festnehmen. Castillos Organisation hilft den Menschen dabei, in einem solchen Moment informiert reagieren zu können.

Castillo stellt einen Stuhl zurecht und legt im Sitzen eine rote, kleine Karte auf den Tisch. „Das hier können Menschen vorzeigen, wenn ICE bei ihnen vor der Tür steht.“ Auf der kleinen Karte stehen Verweise zur Amerikanischen Verfassung, die es Agenten beispielsweise nur mit Durchsuchungsbefehl erlaubt, ein Haus zu durchsuchen. „Die Menschen müssen wissen, welche Rechte sie haben.“ Das sei ein erster Schritt. Er dreht sein blinkendes Telefon um. Seit Wochen steht es kaum still. Viele Menschen aus der Community in der Bronx sind verunsichert, wissen nicht, ob sie noch zur Arbeit gehen, ihre Kinder zur Schule schicken können, und suchen Rat, erzählt Castillo. Immer wieder versuchen aktivistische Gruppen auch, Menschen zu informieren, wenn ICE-Gruppen in der Nähe sind.

Etwa eine Zugstunde von der Bronx entfernt, auf Long Island, nimmt Yanira Chacon-Lopez spät am Abend ihr Telefon ab. „Wir sind alle am Limit“, sagt Chacon-Lopez. „Menschen gehen zur Einwanderungsbehörde und wissen nicht, ob sie zurückkommen.“ In ihrer Nachbarschaft sind schon Agenten aufgetaucht, die Menschen festnehmen. Immer wieder war sie mit dabei, als Familien voneinander getrennt wurden, erzählt sie. In vielen Fällen bricht danach für die Familien ihre Existenz zusammen. „Wir brauchen Stand-by-Betreuer, falls Eltern von einem Tag auf den anderen nicht mehr da sind.“

„Helfen Sie mir!“

Seit zwanzig Jahren arbeitet Chacon-Lopez auf Long Island, unterstützt Einwanderer aus Honduras, El Salvador, Venezuela und Mexiko. In ihrer katholischen Kirchengemeinde

ist sie eine feste Anlaufstelle: Seelsorgerin, Übersetzerin, manchmal auch letzte Hoffnung, um am Abend etwas in der Mikrowelle aufwärmen zu können. Viele sind seit Monaten nicht mehr aus dem Haus gegangen - aus Angst, von ICE-Agenten auf der Straße mitgenommen zu werden, erzählt Chacon-Lopez am Telefon.

„Früher haben wir nur kranken Menschen Essen vorbeigebracht. Heute verteilen wir es, weil alle Angst haben, vor die Tür zu gehen.“ Dabei haben einige Familien keinen Zugang zu einer Küche, sagt Chacon-Lopez, denn die Wohnungskrise rund um Long Island wird immer schlimmer. Manche haben nur einen kleinen Kühlschrank vor der Tür und keinen Zugang zu einem Herd.

Eine Frau mit drei Kindern, deren Mann von ICE mitgenommen wurde, entschied sich, wieder zurückzugehen, erzählt Chacon-Lopez. „Die Menschen müssen heute Entscheidungen treffen, von denen sie nie dachten, dass sie sie einmal treffen müssten“, sagt sie. Für viele allerdings sei es schlichtweg nicht möglich, zurückzukehren, aus Angst vor Verfolgung etwa.

An einem Donnerstag Anfang Oktober kommt eine Frau im 14. Stockwerk aus einem Gerichtssaal am 26 Federal Plaza. Ihr nächster Anhörungstermin wurde auf ein Jahr später festgelegt. Kurz nachdem sie das Kind in den Kinderwagen gelegt hat, geht alles sehr schnell. Eine maskierte Agentin tritt zwischen das Paar, während ein zweiter Agent die Frau gegen die Wand des Flurs drängt und sie vom Kinderwagen und ihrem Ehemann trennt. Immer wieder ruft die Frau panisch: „Helfen Sie mir!“

Um sie herum beugen sich Fotografen, um zwischen den Armen der Agenten ein Foto zu machen. Die Männer führen die Frau an der Wand entlang den Gang hinunter. „Lassen Sie sich doch verabschieden!“, ruft jemand aus der Gruppe. Doch da ist sie bereits aus dem Sichtfeld der Öffentlichkeit verschwunden.

Dieser Text erschien in der wochentaz vom 1. November und der NZZ am Sonntag vom 24. November 2025. Er ist leicht bearbeitet und gibt den Stand von Oktober wieder.

KULTURSTREIT UM DAS LABORFLEISCH

Als Mark Post 2013 den ersten Bioreaktor-Burger präsentierte, schien eine neue Ära angebrochen. Kultiviertes Fleisch sollte Massentierhaltung ersetzen. Dem Hype folgte Ernüchterung bei Start-ups - und in den USA wächst der politische Widerstand.

Der Deutschlandfunk-Podcast „Weltzeit“ vom 18. Dezember 2025 stammt von **Tobias Landwehr** (mit Ramona Weinrich und Andre Zantow) Audio herunterladen: <https://bit.ly/4c47E8g>, 24:43 Minuten.



DER SPÜRBBARE ROLLBACK

Vom Stonewall-Aufstand bis zur Ehe für alle machte die LGBTQIA+-Bewegung in den USA enorme Fortschritte. Nun schränkt Donald Trump ihre Rechte wieder ein. **Aus Boston Katharina Ahnefeld**

Nach Hause fährt Sam* kaum noch. „Ich begegne dort nur Menschen, die mich hassen, weil ich queer bin“, sagt sie. Sam stammt aus dem ländlichen Pennsylvania, einer zutiefst konservativen Region der USA. „Farmer-Hochburg“, wie sie es nennt. Boston hingegen, diese liberale Metropole an der Ostküste Neuenglands, wurde für sie zum ersten Ort, an dem sie ohne Angst als queere Person leben konnte.

An diesem Tag sitzt die Anfang-20-Jährige auf einer Parkbank am Charles River im Vorort Cambridge. Wenige Hundert Meter entfernt beginnt der Campus ihrer Universität: Harvard. Mit dem heißen Matcha Latte in der Hand und der Sonne im Gesicht wirkt Sam in diesem Moment beinahe unbeschwert. Doch die aktuelle Politik ängstigt sie. „Seit seinem ersten Tag im Amt unterzeichnete Trump Verordnungen gegen die LGBTQIA+-Community, definierte Geschlecht strikt als männlich oder weiblich und schränkte die Rechte von trans Menschen ein“, sagt Sam. Sofort habe sie sich als queere Person weniger sicher gefühlt.

An den Abend der Präsidentschaftswahl erinnert sie sich deshalb genau: jenen Moment, in dem sich Pennsylvania auf der interaktiven Wahlkarte rot färbte. Rot für die Republikanische Partei, rot für Trump. „Es war schwer mitanzusehen, dass ausgerechnet Pennsylvania den Ausschlag gab“, sagt Sam. Der Bundesstaat ist ein klassischer Swing State, wählt mal demokratisch, mal republikanisch, und ist die politische Heimat des früheren Präsidenten Joe Biden. 2024 kippte Pennsylvania in Richtung der Republikanischen Partei und trug entscheidend zu Trumps Rückkehr ins Amt bei.

Seitdem hat sich die Realität für die LGBTQIA+-Community in den USA spürbar verändert. Präsident Donald Trump richtet seine Politik gezielt gegen queere Menschen – und weitere Minderheiten. Binnen eines Jahres erließ der Republikaner eine Reihe von Executive Orders und politischen Maßnahmen, die deren Rechte einschränken sollen. Nach Jahrzehnten politischen Aufwinds markiert das einen folgenschweren Bruch.

Dabei schien der lange Kampf um Gleichberechtigung auf einem guten Weg. Seit den Stonewall Riots 1969 in New York City fordert die LGBTQIA+-Bewegung öffentlich

ihre Rechte ein. 1970 fanden die ersten Pride-Märsche statt. Während der Aids-Epidemie in den 80er- und 90er-Jahren rang die Community nicht nur ums Überleben und gegen Stigmatisierung, sie zwang das Land auch zu tiefgreifenden Reformen in Gesundheits-, Pharma- und Medienpolitik. 2003 folgte die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen durch den Supreme Court, 2015 die landesweite Legalisierung der Ehe für alle. Es schienen bessere Zeiten angebrochen – vor allem in den Metropolen, die queeren Menschen seit jeher Zuflucht boten.

Eine davon ist Boston. In der demokratischen Hochburg mit ihrer großen LGBTQIA+-Community wirkt die Bedrohung durch den politischen Umbruch in Washington D.C. noch weit entfernt. Die Stadt hat eine lange, gut dokumentierte queere Geschichte. Massachusetts legalisierte 2004 als erster US-Bundesstaat die gleichgeschlechtliche Ehe. Im Vorort Cambridge wurden die ersten Paare getraut. In Boston befindet sich auch eines der größten unabhängigen LGBTQIA+-Archive des Landes. Und bereits im 19. Jahrhundert entstand in Neuengland der Begriff der „Bostoner Ehe“: Lebensgemeinschaften unverheirateter Frauen, romantisch oder platonisch, die dem heteronormativen Bild des viktorianischen Zeitalters widersprachen.

Wer heute durch die Stadtviertel läuft, sieht queere Paare, Regenbogenflaggen und kann entlang des berühmten Freedom Trails an einer Führung zu „Leben, Liebe und Kampf um Freiheit der LGBTQ+-Community in Boston“ teilnehmen. Erst kürzlich hat wieder eine neue queere Bar eröffnet. „In Boston gibt es nicht das eine queere Stadtviertel“, sagt ein Ladenbesitzer, der Neuengland-Mode verkauft. Die ganze Stadt sei LGBTQIA+-freundlich. Man müsse unbedingt noch nach Provincetown auf Cape Cod fahren, rät er. P-Town, wie die Bostoner:innen es liebevoll nennen, ist seit Jahrzehnten eine der wichtigsten queeren Künstlerhochburgen der USA.

Weiterlesen: <https://bit.ly/3MsmSJY>, keine Bezahlschranke

Der Text erschien am 8. Februar 2026 in der Frankfurter Rundschau. Er schaffte es gerade noch in gekürzter Form in diese fellows-Ausgabe.

*Name von der Redaktion geändert



LERNEN, WAS DIE ELTERN DENKEN

In Florida besuchen immer weniger Kinder staatliche Schulen. Das ist ganz im Sinne der Trump-Regierung.
Aus Orlando Sophie Tiedemann

Kurz bevor ein Countdown stoppt, betritt Shannon Couillard den Gebetsraum. Sie nimmt in der zweiten Reihe Platz und steht direkt wieder auf. Eine Band betritt die Bühne. „I love that you loved me first!“, ruft ein junger Sänger und richtet sich an Jesus. Die Pastorin vorne stimmt mit ein. Sie streckt ihre Hände gen Himmel und geht bei besonders kraftvollen Passagen in die Knie. Das Publikum ruft „Amen!“

Es ist 8.30 Uhr an einem Oktobermorgen in Oviedo, einer Kleinstadt vor Orlando im US-Bundesstaat Florida. Villen mit Privatufern am See reihen sich aneinander. Geländewagen glänzen in der Sonne. In der East Coast Believers Church ist es voll und laut. Neulinge verlassen den Gottesdienst mit Willkommengeschenken. Andere verabreden sich zum Lunch. Viele der anwesenden Familien gehören zur schnell wachsenden Homeschooling-Community in Florida. Auch Shannon Couillard unterrichtet ihren Sohn Colin, 5 Jahre alt, zu Hause.

Jetzt wirbelt er mit seiner kleinen Schwester Colette durch einen Donutladen. Für die Entscheidung, ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken, sei ihr Glaube zwar nicht ausschlaggebend gewesen, sagt Couillard. Aber so könne sie sichergehen, dass sie von gleichgesinnten, gottesfürchtigen Menschen umgeben sind. In Couillards Freundeskreis unterrichten viele Familien ihre Kinder ebenfalls zuhause. Der noch wichtigere Grund für Couillard: „Unsere Kinder sind individuelle Menschen. Also haben sie auch eine individuelle Bildung verdient.“

„Natürlich geraten die Schulen in Panik“

Damit trifft Couillard den amerikanischen Zeitgeist. Ein Blick nach Florida offenbart, wie amerikanische Schulbildung in Zukunft aussehen könnte. Kinder in Orlando lernen heute in Microschools, in gemieteten Räumen in Einkaufszentren, im Online-Unterricht - oder in sogenannten Co-Ops, Zusammenschlüssen von Homeschool-Familien.

Staatliche Schulen in Orlando stellen derweil Beratungsteams ein. Sie ziehen von Tür zu Tür, um Schüler:innen zu gewinnen. Ob Couillard den möglichen Verlust öffentlicher Schulen bedauere? „Natürlich geraten die Schulen in Panik“, sagt sie. Sinkende Schülerzahlen bedeuten eben weniger Geld. Aber sie sei nicht für die Schulen verantwortlich, sondern für ihre Kinder.

Shannon möchte sichergehen, dass ihre Kinder von gleichgesinnten, gottesfürchtigen Menschen umgeben sind.

Familien in Florida können inzwischen rund 8000 Dollar pro Jahr aus öffentlichen Mitteln für private oder religiöse Bildungsangebote nutzen - also auch für Homeschooling. Kritiker:innen warnen, dass dem staatlichen Schulsystem dadurch Milliarden entzogen werden. Denn wenn Schüler:innen staatliche Schulen verlassen, bekommt die jeweilige Schule auch kein Geld mehr für das Kind. Die Mittel fließen stattdessen an Privatschulen oder eben an die Eltern, sollten sie sich für Homeschooling entscheiden.

Mission: das Bildungsministerium abschaffen

Die Zahl der Kinder, die in Florida zu Hause unterrichtet werden, ist innerhalb der letzten fünf Jahre um fast 50 Prozent gestiegen. Eltern erhoffen sich vom Homeschooling oft, dass ihre Kinder nur noch mit Inhalten konfrontiert werden, die im Einklang mit ihren eigenen Werten stehen. Mehr Familienzeit. Viele wollen ihre Kinder auch vor Mobbing oder Amokläufen schützen. Die meisten Homeschooler sind weder ultrarechts noch entsprechen sie dem alten Bild abgeschotteter Eigenbrötler.

Doch unter Donald Trump gewinnt die Bewegung an Momentum. Im Project 2025, dem autoritären Fahrplan für die aktuelle US-Regierung der rechtskonservativen Heritage Foundation, heißt es: „Der Präsident sollte Bildungsangebote außerhalb der von ‚Wokeness‘ dominierten öffentlichen Schulen fördern.“

Lindsey Burke, Hauptautorin des Bildungskapitels, sitzt inzwischen im Bildungsministerium. Laut Recherchen

von ProPublica will sie möglichst vielen Familien den Ausstieg aus staatlichen Schulen ermöglichen. Das Ministerium selbst soll abgeschafft werden. Bildungsministerin Linda McMahon nennt das die „finale Mission“. Die US-Regierung verspricht: maximale elterliche Freiheit.

Für Homeschoolerin Couillard bedeutet diese Freiheit, dass sie mit ihren Kindern nach Südfllorida fahren kann, um sich am Strand unter einem Mikroskop den Sand anzuschauen. Als ihr Sohn noch klein war, habe sie Angst bekommen, durch ihre Arbeit die gemeinsame Zeit zu verpassen. Beschlossen, ihre Kinder nicht einzuschulen, hatte Couillard aber schon lange vor deren Geburt. Damals arbeitete sie bei einem Schulbuchverlag. Ständig habe sie Inhalte wieder ändern müssen, weil sie irgendwem nicht gepasst haben. Natürlich sei es wichtig, dass jede Bevölkerungsgruppe repräsentiert wird. „Aber wir verkürzen unsere Geschichte, nur um jede einzelne Minderheit mit einzubeziehen,“ findet Couillard.

Ein Anruf bei Kasey Meehan. Für die Organisation PEN America, die sich für die Rechte von Literaturschaffenden und gegen Zensur einsetzt, beobachtet sie, wie politische Entscheidungen den Unterricht in den USA beeinflussen. Sie sagt: „Es ist eine politische Strategie, Empörung gegen öffentliche Schulen zu schüren.“ Das Ziel sei, Gelder in privatisierte Bildung umzuleiten. Die Gefahr: Schüler:innen könnten bald nur noch mit einem kleinen Spektrum an Überzeugungen in Berührung kommen. „Dabei geht die Fähigkeit verloren, sich als Teil dieses diversen Landes zu begreifen.“

Unterricht „aus christlicher Perspektive“

Eine Vorstadtsiedlung vor Orlando, wenige Tage später. Mittagshitze. Die Straße ist ausgestorben. Basketballkörbe hängen verlassen in den Einfahrten. Brandy Pava öffnet die Tür. Tätowierte Arme, einladendes Lächeln. „Willkommen!“. Ihr Mann ist Kolumbianer, erzählt Pava, während sie Kuchen serviert. Sie hat Angst um ihn, landesweit gehen Beamte der US-Einwanderungsbehörde ICE brutal gegen mutmaßlich papierlose Einwanderer:innen vor. Er ist überzeugter Republikaner und fürchtet sich nicht.

Die ersten Jahre ihres Lebens haben ihre gemeinsamen drei Kinder in Mexiko verbracht. Dort sei es üblich, für ein paar Stunden zur Schule zu gehen und den restlichen Tag mit der Familie zu verbringen, erzählt sie. „Ich liebe die Freiheit hier in Florida“, sagt sie. Inzwischen kommt zweimal pro Woche eine Tutorin zu ihnen nach Hause. Den Rest übernimmt Pava. Ihr Mann arbeitet bei einer amerikanischen Airline und ist oft unterwegs.

Pava will ihren Kindern das vermitteln, was sie für richtig hält. Aus einer christlichen Perspektive. „Will ich, dass sie glauben, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen ein normaler Teil von Familien sind? Nein.“ Wie würde sie reagieren, wenn sich eines ihrer Kinder outen würde? „Ich

freue mich, wenn sie glücklich sind“, sagt sie. „Ich möchte es ihnen einfach nicht beibringen.“

Schutz vor Rassismus – und Queerness

Ron DeSantis, republikanischer Gouverneur von Florida, brachte es durch rechte Identitätspolitik in Klassenzimmern zu nationaler Bekanntheit. Aus seiner Feder stammt das sogenannte „Don’t Say Gay“-Gesetz, es verbietet das Sprechen über Sexualität in öffentlichen Schulen.

Orlando Downtown, wieder im Oktober. Diesmal ist es draußen trüb. In einem Café sitzt Nirmala Prakash. Auch sie bestellt sich die Lehrer:innen inzwischen nach Hause. Einen Tutor für Naturwissenschaften, eine Englischlehrerin.

Laut der National Education Association liegt Florida beim durchschnittlichen Gehalt für Lehrer:innen staatlicher Schulen in den USA auf dem letzten Platz. Auf Facebook verkaufen dafür Eltern ihre Kurse und Lehrpläne.

Yelp-ähnliche Bewertungen

Lindsey Burke aus dem US-Bildungsministerium erklärte, sie sei gegen jegliche Regulierung. Stattdessen sollen Yelp-ähnliche Bewertungen helfen, Entscheidungen bei der Bildung der

Kinder zu treffen. Ihre Tochter sei hochbegabt und befinde sich auf dem Autismus-Spektrum, sagt Prakash. Eine staatliche Schule sei deshalb für sie nicht infrage gekommen. Politisch sei Florida zwar absurd. „Aber bildungstechnisch haben wir hier alle Möglichkeiten der Welt.“ Sie möchte ihre Tochter vor ultrakonservativen Einflüssen schützen. Und vor Rassismus. „Auf Facebook gibt es viele Black-Homeschooling-Gruppen“, sagt sie. In Florida hat sie Prakash bis heute nicht gefunden.

Manche in Orlando kämpfen dafür, dass staatliche Schulen bestehen bleiben. Eine von ihnen ist Stephanie Vanos. Als Donald Trump 2016 zum ersten Mal gewählt wurde, dachte sie: „Wir müssen unsere Kinder schützen.“ Sie ist Mutter dreier Töchter, bezeichnet sich als Aktivistin für öffentliche Bildung. Sie beschreibt ihr Dilemma: „Ich finde, öffentliche Schulen sollten keine politischen Orte sein“, sagt sie. Aber inzwischen färbe Trumps autoritärer Regierungsstil auf die Bundesstaaten ab. Staatliche Schulen hätten immer weniger Mittel zur Verfügung. „Ich weigere mich, den Kopf in den Sand zu stecken und so zu tun, als würde all das nicht passieren.“

Wie die Bildung der Zukunft in Amerika aussehen könnte? „Das gesamte Bildungssystem wird privatisiert sein, wenn es so weitergeht“, sagt Vanos. Lindsey Burke kündigte bereits Anfang des Jahres an: „Wir werden eine Menge leerer Schulgebäude haben.“

Dieser Text erschien in der taz vom 5. November 2025, keine Bezahlschranke.

Online: <https://taz.de/Homeschooling-in-den-USA/!6126847/>

„Es ist eine politische Strategie, Empörung gegen öffentliche Schulen zu schüren“, klagt Kasey vom PEN America

DER WERT DES DASEINS

Nirgends sterben so viele Menschen an einer Überdosis wie in den USA. Trotz politischer Widerstände kämpfen Initiativen für die Betroffenen – und retten auf diese Weise Leben.

Aus Boston Leonie Gubela

Stephen hat es in seinem Job mit zwei Arten der Stille zu tun. Die eine ist harmlos, bisweilen sogar schön. Es ist die Stille, die eintritt, wenn ein Anrufer gemeinsam mit ihm schweigen will. Dann sitzen sie da, am jeweils anderen Ende der Leitung, und lassen die Sekunden verstreichen. Oft legt der Anrufer irgendwann wieder auf, ohne überhaupt konsumiert zu haben. Dabei würde Murray nie auf die Idee kommen, es ihm auszureden. Er ist einfach da, hört zu, gibt Rat, erzählt und lacht mit den Menschen, die sich bei ihm melden – oder er schweigt.

Und dann gibt es noch die andere Stille. Die, in der sich Murray die Haare ausreißen will. Wenn der Anrufer, nachdem er sich die Substanz injiziert hat, plötzlich nicht mehr antwortet. Wenn er ihn einmal, zweimal, dreimal mit Namen anspricht, dabei immer lauter wird. Dann den Notruf wählt. Und die quälend langen Minuten abwarten muss, bis er durch den Telefonhörer endlich die Sirenen hört.

Murray, 37 Jahre alt, betreibt eine Hotline, bei der Menschen anrufen können, die allein in ihrem Haus Drogen nehmen. Er bleibt telefonisch bei ihnen, passt auf, dass nichts passiert.

In keinem anderen Land der Welt sterben so viele Menschen an einer Überdosis wie in den USA – durchschnittlich 100.000 Personen kommen jährlich so ums Leben. Unter 18- bis 44-Jährigen ist eine Überdosis die häufigste Todesursache. Drogensucht zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen und -schichten. Die Zahl der Todesfälle, die mit Drogen im Zusammenhang stehen, ist unter Native Americans und Afroamerikaner:innen besonders hoch.

Dass die Drogenkrise in den Vereinigten Staaten so eskalieren konnte, hat viele Gründe. Einer ist die massive Verbreitung von Opioiden, die Ende der Neunzigerjahre begann. Opioide sind Substanzen, die eine morphinähnliche Wirkung haben, also vor allem als Schmerzmittel eingesetzt werden.

Damals wurde in großem Maße das stark abhängig machende Medikament Oxycontin verschrieben. Der Hersteller Purdue Pharma hatte über Jahre hinweg Tausende Ärzt:innen geschult und behauptet, das Mittel sei auch für eine langfristige Anwendung geeignet. 2007 wurde die Firma erstmals der irreführenden Vermarktung schuldig gesprochen.

Zu diesem Zeitpunkt waren längst Millionen Menschen, die sich ursprünglich mal wegen Knochenbrüchen

oder Rückenleiden damit behandeln ließen, abhängig geworden. Als Oxycontin schwerer verfügbar wurde, suchten Suchtkranke nach Alternativen, stiegen um auf Heroin. Seit einigen Jahren spielen synthetische Opioide wie Fentanyl eine immer größere Rolle, fünfzigmal stärker als Heroin und daher extrem schwierig zu dosieren.

Ein weiterer Grund für die Eskalation ist das Stigma. Suchtkranke werden in den USA sehr viel stärker kriminalisiert als in Deutschland. Gegen das Konzept der Harm Reduction (auf Deutsch: Schadensminderung) – also Programme, die Menschen vor einer Überdosis bewahren sollen – gibt es politische und gesellschaftliche Widerstände. So sind in den USA Konsumräume, in denen unter Aufsicht Drogen genommen werden können, staatenübergreifend verboten. Zum Vergleich: Allein in Berlin gibt es acht solcher Räume. Auch der Zugang zu Substitutionstherapien oder psychosozialer Betreuung ist in den USA mit größeren Hürden verbunden als in Deutschland.

Während Überdosisprävention hierzulande überwiegend institutionalisiert und langfristig gefördert ist, haben Organisationen in den USA mit instabiler Finanzierung und beschränkten Handlungsspielräumen zu kämpfen. Die ohnehin prekäre Lage wurde im Sommer noch verschärft, als die Trump-Regierung ankündigte, weitere Gelder für Harm Reduction zu streichen.

Die meisten der unter diesen Begriff fallenden Programme in den USA gehen auf zivilgesellschaftliche Initiativen zurück – oft wurden sie ins Leben gerufen von Menschen, die selbst abhängig waren oder Menschen in ihrem Umfeld durch Drogensucht verloren haben. Wie groß und gut vernetzt diese Initiativen sind, ist von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich. Im liberalen Massachusetts ist die Gemeinschaft der Harm-Reduction-Aktivist:innen besonders stark, über die Jahre haben sie ihre Arbeit professionalisieren und teilweise an staatliche Stellen andocken können.

Der Rückgang an Überdositodesfällen liegt in Massachusetts über dem nationalen Durchschnitt, allein in Boston sank die Zahl 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 38 Prozent. Zugeschrieben wird das auch diesem Netzwerk und dessen Bemühungen, Abhängigkeit zu entstigmatisieren. Doch ihre Erfolge sehen viele Aktivist:innen in diesem Bereich nun in Gefahr. ►

„Im Gedenken an einen wunderbaren Menschen“ steht auf einem laminierten Blatt Papier, das auf einem Ampelpfahl an der Albany Street in Boston befestigt ist.
Foto: Leonie Gubela

In memory
of a
beautiful
soul.

Gone but never forgotten.

RIP

Stephen Murray sitzt in seinem Arbeitszimmer in Plymouth an der Küste von Massachusetts und schließt noch schnell sein E-Mail-Programm. „Das lenkt mich sonst ab“, sagt er in seine Laptopkamera. Eigentlich war ein persönliches Treffen abgemacht, doch das Boston Medical Center (BMC), das seine Hotline mitbetreibt, ist seit den politischen Attacken auf Initiativen wie ihre vorsichtig mit Presseanfragen. Eine Mitarbeiterin des BMC sitzt mit im Zoom-Call, sagt aber nichts.

Er habe seine Drogensucht gegen eine Arbeitssucht eingetauscht, sagt Murray, während er auf seinem Bildschirm herumklickt. Er lacht: „Und ich bereue nichts!“ Stephen Murray ist ein kräftiger Mann mit jungenhaften Gesichtszügen, der auf so gut wie jedem Bild, das es online von ihm gibt, sehr breit lächelt. Er war schon vieles in seinem Leben: Sänger einer Metalband, Abgeordneter, Feuerwehrmann, Sanitäter.

Murray tauscht Drogen- gegen Arbeitssucht

Nach einem Trauerfall wird er als junger Lokalpolitiker in Florida abhängig vom Schmerzmittel Oxycontin, zieht vor Interviews Lines in seinem Auto, oder auch nachts, wenn er wegen Entzugserscheinungen aufwacht. Zweimal nimmt er versehentlich eine Überdosis, kommt aber wieder zu sich. Irgendwann zieht er zurück zu seinen Eltern nach Massachusetts, wird clean, geht zur Feuerwehr, wechselt von dort zum Rettungsdienst.

Das ist die Zeit, in der immer mehr Menschen anfangen, Fentanyl zu nehmen. An manchen Tagen wird er zu fünf Überdosisfällen hintereinander gerufen. Einer brennt sich ihm besonders ein: Bei der Hausnummer, die beim Notruf angegeben wurde, trifft er niemanden an, es muss einen Zahlendreher gegeben haben, Murray hämmert an alle Türen im Apartmentkomplex, kann die Person mit der Überdosis nicht finden. Die Frau stirbt, weil die Person, die für sie den Notruf wählte, einfach abgehauen war.

Er begreift: Menschen zu beschützen, die Drogen nehmen, bedeutet, bei ihnen zu bleiben. Er hört von der Hotline Never use alone, bei der Menschen anrufen können, bevor sie zum Beispiel Fentanyl injizieren, um beim Konsumieren nicht allein zu sein. Die Person, die den Anruf entgegennimmt, fragt dann nach der Adresse, um im Fall der Fälle einen Krankenwagen zu schicken, und bleibt in der Leitung, bis das High wieder abebbt.

Murray wird ehrenamtlicher Mitarbeiter der Hotline, verteilt als Sanitäter selbst gebastelte Kärtchen mit der Telefonnummer. Während der Pandemie beobachtet er, wie sich die ohnehin angespannte Lage noch verschärft, denn „den Leuten wurde gesagt, sie sollen sich isolieren, und dann starben sie in ihren Häusern allein an einer Überdosis“. Noch 2020 gründet er dann seine eigene Hotline, bekommt Unterstützung von Stiftungen und dem Suchtzentrum des Boston Medical Centers – später wird Safespot die erste staatlich finanzierte Hotline dieser Art. Heute hat sie über 70 Mitarbeiter:innen, die rund um die Uhr Anrufe aus allen Bundesstaaten entgegennehmen. Viele von ihnen mit eigener Suchtgeschichte.

Was es braucht, um bei Safespot zu arbeiten? „Mitgefühl“, sagt Murray. „Wir wollen die Person ernst nehmen und

verstehen, was sie benötigt. Wir drücken ihr unsere eigenen Erfahrungen mit Drogen nicht auf, aber sind bereit, davon zu erzählen, wenn der Anrufer danach fragt.“ Oft werde gemeinsam mit der Anruferin ausgelotet, wie hoch das Risiko einer Überdosis für sie heute sei. Wie lange ist der letzte Konsum her? Wie geht es ihr körperlich? Woher hat sie die Substanz, und könnte sie verunreinigt sein?

Dabei geht es nicht darum, die Person vom Drogennehmen abzuhalten, sondern bloß, sich miteinander vertraut zu machen. Denn jegliche Verurteilung, jegliches Anzeichen einer Agenda, die mit Entzug zusammenhängt, könnte dazu führen, dass sich die Anruferin nie wieder meldet.

Safespot bekommt um die 30 Anrufe am Tag, und nur etwa alle 400 Mal enden diese Anrufe in einem Notruf, erzählt Murray. Wenn das passiert, werden andere Hotline-Mitarbeiter:innen alarmiert, sodass sie ihrem Kollegen oder ihrer Kollegin beistehen können. Denn nichts dauert so lange, wie alleine am anderen Ende einer Telefonleitung auf einen Krankenwagen zu warten. Gerade er als Sanitäter kriege dann jedes Mal die Krise, weil er ja genau wisse, was jetzt zu tun sei, sagt Murray. Er hat in seinem Leben Tausende Rettungsdienstler:innen in 14 Bundesstaaten geschult, wie man möglichst einfühlsam mit einer Person umgeht, die gerade mit den Folgen einer Überdosis kämpft.

Opioide dämpfen das Atemzentrum im Hirnstamm, bei einer Überdosis wird die Atmung erst langsam, dann flach, irgendwann setzt sie ganz aus. Was der Körper also braucht, ist Sauerstoff. „Und das lösen wir, indem wir für die Person atmen, entweder Mund-zu-Mund oder mit einem Beatmungsbeutel.“ Zusätzlich kann man Naloxon geben, ein Opioid-Antagonist, der dessen Wirkung im Gehirn aufhebt. Doch Naloxon kann auch Entzugserscheinungen auslösen, Menschen wachen oft gereizt, mit starken Kopfschmerzen und Herzrasen auf. Murray plädiert dafür, Naloxon so schonend wie möglich einzusetzen und sich auf die Gabe von Sauerstoff zu fokussieren.

Ein weites Spektrum des Konsums

„Und dann ist die Frage natürlich: Behandelst du die Menschen freundlich und respektvoll, wenn sie wieder zu sich kommen oder schreist du sie an und beschämst sie?“ In seiner Zeit als Sanitäter schickte Murray bei jedem Einsatz alle anderen Personen, insbesondere Polizeibeamte, in einen Nebenraum, damit sich die Patient:innen in aller Ruhe wieder berappeln konnten.

Scham ist ein großes Thema für Stephen Murray. Und die Frage, was wir unseren Mitmenschen über uns selbst anvertrauen. „Nehmen wir das Beispiel Alkohol“, sagt er. Jeder kenne jemanden, der überhaupt nicht trinke, sein Großvater zum Beispiel habe in seinem Leben vielleicht ein einziges Glas Wein gehabt. Sein Vater wiederum trinke zwar gerne Bier, aber ausschließlich beim Rasenmähen.



Weiterlesen: <https://bit.ly/4s5NMq7>, Der Longread
– hier wären es acht Druckseiten – erschien in der
wochentaz vom 5. Januar 2026, keine Bezahlschranke.



Julia Belzig, Fellow von 2024, zufällig in der Stadt

Katharina Ahnefeld, Freie, Bonn

Sophie Tiedemann, Freie, Leipzig

Leonie Gubela, Redakteurin, taz, Berlin

Lukas Tobler, Redakteur, WOZ, Zürich

Tobias Landwehr, Freier, Vechta

Josua Gerner, Redakteur, Freie Presse, Chemnitz

Oskar Paul, Lokalreporter, Berliner Morgenpost

Franziska Grillmeier, Freie, München

Tasnim Rödder, Redakteurin, Labo M, Berlin

Léonardo Kahn, Reporter, Radio 100,7, Luxemburg

Dietlind Lerner, Programmleiterin USA der Daniel-Haufler-Stipendien

Foto: privat

Im Studio von abc News, einem der vielen von der Gruppe besuchten Medien und Fachorganisationen

LESSONS LEARNED

Persönliche Eindrücke der Fellows 2025



Foto: Leonie Gubela

„Mein **Arbeitsumfeld** musste natürlich abfedern, dass ich weg war. Ich selbst würde mich jetzt nicht als neuen Menschen bezeichnen. Aber gebracht hat es mir schon sehr, sehr viel. Ich habe viel gelernt, einen ganz anderen Blick auf die USA, hatte eine sehr gute Zeit auf meiner Recherche und fand das Gruppenprogramm enorm bereichernd.“

„Ich wusste lange nicht, wie viel **Geld** ich durch das Stipendium haben werde und konnte das auch meinem damaligen Arbeitgeber nicht richtig erklären. Mein Chef meinte, ich würde zu viel

Geld kriegen (10.000 €), um mir die Reise als Fortbildungsreise anrechnen zu lassen. Hätte ich ihm sagen können, dass ich netto deutlich weniger kriege, hätte er das anders gesehen. Aber da war es schon zu spät.“

„Ständig wollen alle wissen, wie es war, was ich gelernt habe. Ich gehe aktuell auf jeden Fall häufiger mit Leuten **Mittagessen**, mit denen ich sonst nicht Mittagessen gehe, haha.“

„Einblick in den **Irrsinn** dieses Staats, den ich auf anderem Weg nie erhalten hätte.“



Foto: Josua Gerner

„Ich fand es besonders inspirierend, es war ein fantastische Chance. Es hat mir nochmal deutlich gemacht, was ich eigentlich **wirklich gerne** in diesem Beruf mache. Ich kam nach dem Stipendium deutlich fokussierter und entschlossener zurück.“

„Ich würde sehr gerne wieder in die USA zurückkehren. Ich habe neue Freunde

gewonnen und wieder **Sinnhaftigkeit** im Journalismus gefunden.“

„Ich habe mich so unglaublich wohl in der Gruppe gefühlt und alle fest in mein **Herz** geschlossen. Auch das finde ich etwas sehr Besonderes.“

„Einen **super exklusiven** Einblick in die Medienlandschaft der USA in sehr

interessanten Zeiten. Das Selbstbewusstsein, dass ich in der Lage bin, in einem fremden Land eine komplexe Recherche durchführen zu können. Und, ich glaube, fast das Wichtigste: viele neue tolle Menschen in meinem Leben, die mir sicher noch sehr lange erhalten bleiben werden. Das war echt ein richtiges Geschenk.“

„Ich bin nach wie vor **extrem beseelt** und denke immer noch jeden Tag an die Zeit. Ich habe das Gefühl, vor allem in Anbetracht der Kürze der Zeit, einen wirklich tiefen Einblick in die derzeitigen USA und die dortige Medienlandschaft bekommen zu haben. Vor allem merke ich, dass ich sehr große Lust habe, weiter zu oder in den USA zu recherchieren. Das hätte ich vorher nicht gedacht.“

„Es hat mir verdeutlicht, was ich am Journalismus liebe, warum und was ich diesen Beruf gerne mache. Außerdem habe ich jetzt ein **deutlich nuancierteres** Verständnis davon, was die USA ausmacht, und weiß, was mich erwar-



Foto: Ditleind Lerner



Foto: Lukas Tobler

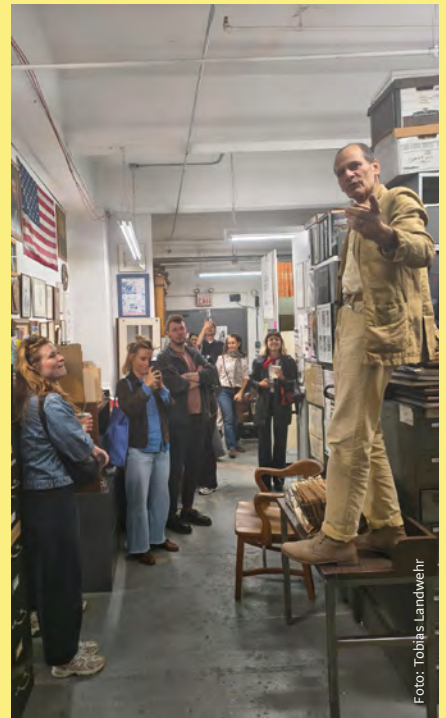


Foto: Tobias Landwehr

tet, wenn ich dort wieder als Journalist arbeiten möchte.“

„Eine außergewöhnliche Erfahrung, die die **perfekte Mischung** aus Herausforderung und Wohlfühlzeit war – und das Ganze mit super spannenden und netten Menschen.“

„Als Mensch und Journalistin mit vielen Selbstzweifeln einen Schub an **neuem Selbstbewusstsein**: Ich schaffe es, in einem komplett neuen Umfeld und unter Zeitdruck viele interessante Interviewpartner:innen von einem Gespräch mit mir zu überzeugen, auch zu sensiblen Themen. Damit einherge-

Foto links: Zugfahrer unter sich. In der Grand Central Station von Philadelphia traf Lukas Tobler den Ex-Präsidenten Joe Biden. Foto rechts: Im Archiv der New York Times hat Jeff Roth den Überblick.

hend auch viel Motivation. Außerdem hat es einen Wunsch verstärkt, den ich schon lange hatte, dem ich aber nie wirklich nachgegangen bin: Ich würde langfristig wirklich gerne als Auslandskorrespondentin arbeiten.“

„Ein Blick für Zusammenhalt. Die Relevanz des Journalismus. Austausch. **Unglaubliche Möglichkeiten** durch Dietlind, in Räume zu gelangen, die uns sonst nicht offen gewesen wären. Unglaubliche Herzlichkeit!“

„Es ist schon schwierig, den ganzen Input zu verarbeiten. Man könnte das Programm vielleicht ganz leicht **abspecken**.“

„Es ist ein sehr straffes Programm, aber das **mochte ich** auch.“

„Es war zwar viel, aber alles war so spannend, da wollte ich auf **nichts verzichten**.“



Foto: Dietlind Lerner

IN MEMORIAM DANIEL HAUFLER

Daniel kennenlernen: Das erste „fellows“-Magazin haben wir mit Erinnerungen an seine Zeit als Zeitungsredakteur abgeschlossen. Diesmal folgen zwei Texte, die ihn beim DGB (ab 2017) und an der Deutschen Botschaft (ab 2021) würdigen.

THE MULTITUDES IN HIM

Rede auf der Trauerfeier für Daniel Haufler in der Deutschen Botschaft in Washington, 6. März 2023.
Von Botschafterin a. D. Emily Haber

Daniel Haufler - ich hatte ihn vor etwas mehr als einem Jahr kennengelernt, nach seiner Ankunft in Washington. Seitdem sah ich ihn dreimal pro Woche bei den morgendlichen Briefings. Er kam zu gelegentlichen Abendessen oder Mittagessen in die Residenz, wenn ich Gäste eingeladen hatte, um über Themen zu sprechen, die in seinen Zuständigkeitsbereich fielen. Wenn die Gäste sprachen, hörte er aufmerksam zu, griff aber selten ins Gespräch ein - aus Zurückhaltung, denke ich.

Manchmal diskutierten wir über einen Bericht, den er verfasst hatte. Er schrieb gut. Mit der Zeit stellte ich fest, dass dieser ruhige, sanfte und sehr zurückhaltende Mann über ein erstaunliches Wissen des amerikanischen Staatswesens, seiner Geschichte und Gesellschaft verfügte - obwohl er seine Kenntnisse nie zur Schau stellte. Ich machte mir keine großen Gedanken darüber, wie sein Verhältnis zu den Kollegen war, da mir die Stimmung in einer Weise harmonisch schien, wie es vor seiner Ankunft nicht immer der Fall gewesen war.

Als ich von seiner Krankheit erfuhr, schrieb ich ihm. Er antwortete, wir tauschten einige E-Mails aus. Am Sonntag, dem 26. Februar, nach meiner Rückkehr von einer zehntägigen Reise nach Deutschland, erhielt ich einen Anruf: Er liege im Sterben. Er war nicht mehr bei Bewusstsein, als ich eilends im Krankenhaus ankam, um mich zu verabschieden.

Ein Gesprächspartner, der mich letzte Woche besuchte, kam an dem Tisch mit dem Kondolenzbuch und dem großen Foto eines lächelnden Daniel Haufler vorbei. Er hatte ihn nicht gekannt, betrachtete das Bild einen Moment lang und machte dann eine seltsame Bemerkung.

Er sagte, er fühle sich an Walt Whitman erinnert. Nun sah Whitman wahrlich ganz anders aus. Also fragte ich den Besucher nach dem Grund. „*The multitudes in him*“, antwortete er. Er spielte auf ein Gedicht von Walt Whitman an, *Song*

of Myself. Ein wiederkehrendes Motiv des Gedichts ist der Tribut an die unterschiedlichen und vielfältigen Schichten menschlicher Persönlichkeit - gleichzeitig, widersprüchlich, kontrapunktisch. Ich habe es nach diesem Gespräch nachgeschlagen.

Und es ist wahr. Sehen Sie sich das Foto an. Es entstand Wochen nach der Diagnose. Die anstrengende Therapie hatte bereits begonnen. Ich glaube, dass die Diagnose Daniel Haufler schwer getroffen hatte. Und doch lächelt er hier mit fast ausgelassener Energie; in seinem Gesichtsausdruck ist, wenn nicht ein Hauch von Triumph, so doch zumindest von leichter Verschmitztheit zu erkennen. Er trägt eine bunte Mütze - da war kein Versuch, die Auswirkungen der Chemotherapie oder die damit verbundenen Herausforderungen zu verbergen. Er steht allein vor diesem großen Gebäude, es lässt ihn noch einsamer erscheinen. Aber seine Augen sind aufmerksam, sie beobachten, er reagiert auf seine Umgebung.

Und sein Lächeln ist für jemanden bestimmt, eine Person oder zwei oder mehr, denen er sich offensichtlich verbunden fühlt - dies ist kein Bild der Sorte „Smile/Cheese“. Dieses Foto erzählt uns eine Geschichte von Mut, von Akzeptanz, von Widerstandswillen, von Einsamkeit und Gemeinschaftsgefühl, alles auf einmal. Er - von dem ich glaube, dass er nie danach strebte aufzufallen - tat beides. Er fiel auf und fügte sich ein. *The multitudes in him*.

Er hatte einen ausgeprägten Sinn für Humor, nahm aber das, was er für ernst hielt, sehr ernst. Eines Tages bat ich ihn in mein Büro. Er hatte einen Bericht über eine Reihe gesellschaftlicher Entwicklungen verfasst und die Fakten vor dem Hintergrund dessen beurteilt, wie die Dinge seiner Meinung hätten sein sollten. Ich argumentierte, dass wir als Botschaft die Fakten so beschreiben sollten, wie sie sind (oder wie wir glauben, dass sie sind), und Schlussfolgerungen daraus ziehen sollten, was sie für uns in politischer Hinsicht bedeuten. Ich sagte, dass sein Blickwinkel der eines

Meinungsartikels sei. Er war sichtlich amüsiert. „Das war früher mein Beruf“, sagte er. Wenn ich auf diese Begebenheit zurückblicke, erkenne ich erneut *the multitudes in him*.

Es war ein Moment, der ein Schlaglicht sowohl auf seinen schnellen Humor, seine Leichtigkeit warf als auch auf seine Ernsthaftigkeit und seinen moralischen Kompass, wenn es um Wesentliches und Ernstes ging (denn die von ihm beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen waren in der Tat sehr ernst). Es gab nicht die geringste persönliche Kontroverse in unserem Gespräch – das rechne ich ihm hoch an –, obwohl wir unterschiedliche Standpunkte hatten und er sicherlich leidenschaftlich über das Thema dachte, von dem er wesentlich mehr wusste als ich. Es war ein intellektueller Austausch, und er war genauso interessiert an der Möglichkeit unterschiedlicher Standpunkte wie ich.

Es gab einen weiteren Moment, der ein ähnliches Licht auf die Großzügigkeit seiner Persönlichkeit warf. Ich hatte jemanden, den er flüchtig kannte, zu einem Frühstück eingeladen. Der Gast war eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die ich zuvor noch nicht getroffen hatte. Daniel Haufler kam zu meinem Büroleiter, um zu erklären, warum diese Person so wichtig war, welchen Hintergrund, welchen Ruf und welche Rolle sie hatte und warum es in Deutschland keine Entsprechung gab.

Das erfuhr ich erst später und fragte, ob er nicht gebeten habe, bei der Gelegenheit dabei zu sein. „Nein“, sagte mein Kollege, „es ging ihm nur um die Sache.“ Er konzentrierte sich auf das, was er für wesentlich hielt: dass ich die Gelegenheit so verstand, wie sie verstanden werden musste. Es ist so schwierig, diese Redewendung ins Englische zu übersetzen – „es geht nur um die Sache“ –, weil in ihr ein Hauch von Heuchelei mitschwingen kann. Zumindest habe

ich festgestellt, dass Menschen, die von sich behaupten, „es gehe nur um die Sache“, nicht selten weniger an die Sache als an Status denken. Aber für Daniel Haufler wäre der Gedanke an Status abwegig gewesen. Er war einer der wenigen, wirklich sehr wenigen Menschen, die ich in meinem Leben getroffen habe, die sich immer und ausschließlich auf das Wesentliche konzentrierten. Es ging ihm wirklich nur um die Sache. Das war Teil seiner Menschlichkeit.

Er hatte hingebungsvolle und außerordentlich treue Freunde. Viele von ihnen waren gekommen, um ihn während seiner Krankheit zu unterstützen, blieben in seinen letzten Tagen an seiner Seite und kamen nach Washington, um sich zu verabschieden. Während seines Lebens in Washington hatte ich nicht gewusst, welch außergewöhnliches Talent für Freundschaft er besaß.

Aber ich sah das Echo und den Widerschein in der Zuneigung, der unerschütterlichen Loyalität und der fürsorglichen Kameradschaft seiner Freunde, die ich traf, und in ihrer Verzweiflung, als er von uns ging. Manchmal mag er zurückhaltend, sogar in sich gekehrt und verschlossen gewirkt haben. Auf mich wirkte er so. Aber er hat eindeutig ein tiefes und dauerhaftes Gefühl der Freundschaft, der Gemeinschaft und der Verbundenheit in anderen geweckt, was meiner Erfahrung nach nur dann geschieht, wenn man sich selbst große Mühe gibt, Freundschaften zu pflegen.

Noch einmal: *The multitudes in him*. Walt Whitmans Gedicht *Song of Myself* fragt irgendwo gegen Ende: „Do I contradict myself? Very well, then I contradict myself. I am large, I contain multitudes.“ Daniel Haufler contained multitudes. Es ist das Kennzeichen von Persönlichkeit und Menschlichkeit.

Im Original englisch, deutsche Übersetzung autorisiert



Trauertafel im Botschaftsfoyer, 2023

„RITZAMBA“ UND DER LANGE LAUF

Daniel Haufler war von 2017 bis 2021 Redakteur des DGB-Debattenportals „Gegenblende“. Wir erinnern an unseren stets zugewandten Kollegen. **Von Sebastian Henneke**

Vier Jahre war Daniel Haufler verantwortlicher Redakteur der Gegenblende. In dieser Zeit haben wir uns zu dritt das Büro geteilt. Wir konnten stundenlang an unseren Beiträgen arbeiten, ohne ein Wort zu wechseln. Anschließend haben wir die politische Lage oder den anstehenden Spieltag der Fußball-Bundesliga analysiert. Ich kann mich nicht erinnern, dass Daniel je schlecht oder abfällig über jemanden gesprochen hat - weder über Personen noch über Fußballvereine. Sein Herz schlug für den FSV Mainz 05. „Ritzamba“ war sein Pseudonym in unserem internen Bundesliga-Tippspiel. Das ist der Name des Musikstücks, das während der Mainzer Fastnacht und nach Toren im Stadion gespielt wird. Wir waren uns einig, dass man nicht gegen seinen Verein tippt. Als Anhänger von mäßig erfolgreichen Mannschaften geht man so natürlich nicht als Sieger bei einem Tippspiel hervor.

Sport war Daniel wichtig. Mit enormem Aufwand hat er sich in den vergangenen Jahren auf Marathonläufe vorbereitet, mehrmals die Woche, vor der Arbeit. Beiläufig erwähnte er einmal, tags zuvor 30 Kilometer durch die Wälder um Potsdam gelaufen zu sein - in Vorbereitung für den Berlin Marathon. Nach dem großen Lauf war Daniel montags wieder am Arbeitsplatz. Die Beine seien noch etwas müde, aber es ginge schon.

Mir hat das imponiert, dass er vor der Arbeit schon Sport trieb. Inspiriert von Daniels Laufbegeisterung legte

ich mir Joggingschuh zu und lief los. Nur einmal die Woche, mickrige fünf Kilometer, unterbrochen von ausgeprägten Spazierphasen. Hätte ich anderen Kolleg*innen davon berichtet, hätte es sicher den ein oder anderen Kommentar gegeben unter dem Motto: „Für einen intensiven Spaziergang brauchst du keine Joggingschuhe.“ Statt spöttisch zu kommentieren, lobte Daniel. Es sei ein guter Ansatz, fünf Kilometer mit Unterbrechungen zu joggen. Er kenne jemanden, der das genauso mache.

Als Einzelkämpfer war er für alle Aufgaben rund um die Gegenblende-Webseite verantwortlich: recherchieren, Autor*innen anfragen, redigieren, eigene Beiträge schreiben, Podcast-Folgen planen, produzieren, schneiden, online stellen und die Social-Media-Kanäle im Blick behalten. Durch seine langjährige Erfahrung als Meinungsredakteur bei der taz und der Berliner Zeitung hatte er viele Kontakte in Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Somit kamen Autor*innen auf der Gegenblende zu Wort, die sonst eher nicht im gewerkschaftlichen Blickfeld auftauchen. Besonderen Wert legte Daniel auf das Redigieren der Beiträge. Die Argumente sollten im Vordergrund stehen. Kürzen, straffen, nachbessern - Daniel hat seinen Autor*innen auch umfangreiche Änderungen stets behutsam beigebracht. Widerspruch gab es nur selten.

Als die deutsche Botschaft in Washington 2021 auf der Suche nach einem neuen Sozialreferenten war, hat Daniel nicht lange gezögert und sich auf die Stelle beworben. Nach einem bestandenen Sprachtest und Formalitäten trat er sein Amt in den Vereinigten Staaten an. Für ihn war es mehr als nur ein neuer Job. Daniel war dem Land verbunden. Er hat die politische Entwicklung der USA in den vergangenen Jahrzehnten journalistisch intensiv begleitet. So berichtete er gemeinsam mit Kolleg*innen der Berliner Zeitung über den Wahlkampf von Barack Obama 2012. Die Beiträge des Blogs wurden anschließend als Buch veröffentlicht. Auf der DGB-Gegenblende hat er mit vielen Beiträgen den Weg von Donald Trump ins Weiße Haus begleitet und dessen verheerende Politik scharf kritisiert.

In der Coronapandemie hat er unsere Abteilung zusammengehalten. Zu Beginn einer jeden Woche schrieb Daniel eine Mail in die Runde: „In der Teeküchen stehen Kekse.“



Grabstein auf dem Friedhof Georgen-Parochial I in Berlin

Vom Wort zur Tat

Die Stiftung der taz, die taz panterstiftung, wird 2026 18 Jahre alt. „Warum hat die taz eine Stiftung?“ Diese Frage taucht oft auf, wenn wir Gruppen von Schüler*innen, internationalen Journalist*innen, Diplomat*innen, NGOs oder Interessent*innen im taz-Haus in Berlin empfangen. „Weil wir eine bessere Welt schaffen wollen und weil wir uns für kritischen Journalismus und Pressefreiheit engagieren“. lautet die Antwort.

Ja, es geht um Ideale. Um die Erfahrungen und Werte der linken Tageszeitung für die kritische Öffentlichkeit zugänglich zu machen, entstand die taz panterstiftung 2008 aus der taz-Leserschaft und der taz Genossenschaft heraus. Freiheit des Wortes, unabhängige Presse, kritischer Journalismus! Vom Wort zur Tat.

Angefangen hat die Stiftung mit einem Kernprojekt, das zur Herzensangelegenheit wurde: der Förderung von Nachwuchs, der Stärkung künftiger Generationen von Journalist*innen in ihrem Berufswunsch. In diesem Sinne werden regelmäßig Workshops und Projekte mit der Zielgruppe Jugend organisiert und das Volontariatsprogramm mit Schwerpunkt Diversität im erweiterten Sinne angeboten.

Chancengleichheit unabhängig von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund und einen Platz in den Redaktionen zu schaffen für diejenigen, die dort fehlen: Dafür setzt sich die taz panterstiftung ein. Durch diesen Filter wurde auch aus Sicht der Stiftung die erste Runde der Daniel-Haufler-Fellows ausgewählt.

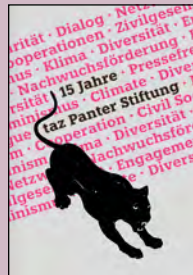
Ebenfalls wichtig für die Stiftung ist es, Brücken zu bauen, den internationalen Austausch zu fördern und das Vernetzen in Deutschland und weltweit zu unterstützen. Auch diesen Zielen entspricht das Daniel-Haufler-Programm.

Seit 2011 führt die taz panterstiftung internationale Workshops durch – oft mit Journalist*innen aus „offiziell verfeindeten“ Ländern. Seit 2015 bietet die taz panterstiftung jährlich Auszeit-Stipendien für verfolgte Journalist*innen an.

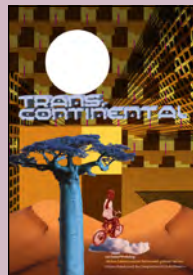
Weitere Informationen über die Stiftung finden Sie unter taz.de/stiftung. Die Stiftung lebt hauptsächlich von ihren inzwischen circa 7.500 engagierten Spender*innen. Lust mitzumachen? taz.de/spenden.

Gemma Terés Arilla

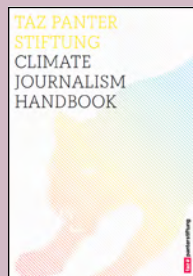
Leiterin und Vorstand der taz panterstiftung



2023 feierte die taz panterstiftung ihren 15. Geburtstag. 2008 wurde die Stiftung gegründet, um gemeinnützige Aktivitäten der taz – die tageszeitung umzusetzen. Cover der Broschüre zum 15. Jubiläum (Redaktion: Jens Uthoff).



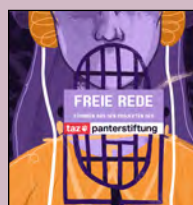
Im Workshop der taz panterstiftung 2023/24 mit afrikanischen Journalist*innen entstand das zweisprachige Magazin „trans.continental – Africa’s Future and the Competition of Global Powers“ (Redaktion: Christian Jakob und Ole Schulz). Cover des Magazins gestaltet von Nontokoza Tshabalala.



Für den Workshop „Her turn II“ mit Journalist*innen aus Nordsyrien, Libanon und dem Irak hat die taz panterstiftung 2023 ein Klimajournalismus-Handbuch auf Englisch und Arabisch veröffentlicht (Redaktion: Sara Schurmann und Sven Recker). Cover von Gunnar Bauer.



Am 6. und 7. Juli 2023 hat die taz panterstiftung mit Partnern in der taz eine zweitägige Konferenz zum konstruktiven Journalismus ausgerichtet. (Redaktion: Ute Scheub und Jan Schepel). Cover der Konferenzbroschüre.



„Freie Rede“ ist ein Podcast der taz panterstiftung, in dem seit 2024 Stimmen aus den internationalen Workshops und Projekten mit unabhängigen Journalist*innen zu hören sind. Podcast-Cover für die Webseite. Illustration: Manuel Fazzini

taz  **panterstiftung**

taz panterstiftung | Friedrichstr. 21, 10969 Berlin | +49-3025902-213 | stiftung@taz.de

IMPRESSUM

fellows ist das Magazin der Daniel-Haufler-Stipendien. Es wird gemeinsam vom Freundeskreis Daniel Haufler und der taz panterstiftung herausgegeben.

Redaktion: Dietmar Bartz
Gestaltung: Ellen Stockmar
Korrektur: Andreas Kaizik

Wir gendern gemischt.

Mit Beiträgen von Katharina Ahnefeld, Josua Gerner, Franziska Grillmeier, Leonie Gubela, Ayşe Gürsöz, Emily Haber, Sebastian Hennecke, Ulrike Herrmann, Leonardo Kahn, Tobias Landwehr, Oskar Paul, Tasnim Rödder, Sophie Tiedemann und Lukas Tobler

V. i. S. d. P.: Dietmar Bartz
Zweite Ausgabe 2026

Download

<https://taz.de/hauflerfellows-zwei>
Erste Ausgabe dieses Magazins:
<https://taz.de/hauflerfellows-eins>

Stipendien 2025

Projektmanagement Berlin: Hannah Heyn
Programmleitung USA: Dietlind Lerner

Stipendien 2026

Projektmanagement Berlin:
Hannah Heyn, Mercan Kentel
Programmleitung USA: Dietlind Lerner

Informationen

dah-Stipendium@taz.de

taz panterstiftung
Friedrichstr. 21, 10969 Berlin